

Einheit und Widerspruch
Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 8 – Juli 2020

Impressum

ISSN: Print: 2663-4945 | Online: 2663-4953

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

pda@parteiderarbeit.at

www.parteiderarbeit.at

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2020

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

Einheit und Widerspruch

**Theoretisches und Diskussionsorgan
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

Heft 8 – Juli 2020



Inhalt

7 Editorial

Von Dominik Maier für die Redaktion

11 Politischer Bericht des Parteivorsitzenden Otto Bruckner an den vierten Parteitag der PdA

Von Otto Bruckner

21 Lenin 1870-1924, Betrachtungen zum 150. Geburtstag Wladimir Iljitsch Uljanows

Von Tibor Zenker

38 Klimawandel und Klimapolitik – too little & too late?

Von Matthias Koderhold

58 Klimawandel und Klassenkampf

Von Dominik Maier

62 Diskussion: Antwort auf Gen. Sörensen zur Frage der EU-Wahl

Von Dave Westacott

72 Rezension: Leo Stern

Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden

Von Lukas Haslwanger

Anhang

75 Zum Coronavirus, COVID-19 und der Situation in Österreich

78 Das #teamösterreich und die Arbeiterklasse

80 Gegen Imperialismus und Okkupation in Jugoslawien

83 Gesundheit vor Profit!

92 Zum 1. Mai 2020

Editorial

Von Dominik Maier für die Redaktion

Zum Zeitpunkt des Verfassens der meisten hier veröffentlichten Texte sah die Welt noch etwas anders aus. Inzwischen wurde eine Krankheit global zum überragenden Thema, die davor noch gar nicht bekannt und bis vor wenigen Monaten oder Jahren wohl auch noch gar nicht existent war. Wir leben jetzt in der Zeit einer weltweiten Pandemie und ihre genauen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen lassen sich noch so wenig abschätzen wie die direkten und indirekten gesundheitlichen und psychosozialen Folgen.

Aber: Kein Gerede von einer „neuen Normalität“ im Vergleich zur „alten“ kann darüber hinwegtäuschen, dass es sich in beiden Fällen um die kapitalistische Normalität handelt. Ganz im Gegenteil: Die aufgrund – oder aus Anlass – der Pandemie verschärften Krisensituationen in der Gesellschaft bringen nur noch deutlicher zum Vorschein, welche Konsequenzen der ganz normale Kapitalismus mit sich brachte und bringt. Was es bedeutet, wenn ein ökonomisches System auf kapitalistischen Profit ausgerichtet ist, anstatt sich an Wohl und Interessen der Völker zu orientieren, fällt heute nur umso stärker ins Auge. Jedenfalls sofern man überhaupt bereit ist, ein Auge für gesellschaftliche Widersprüche zu öffnen.

Und: Einige Dinge lassen sich dennoch bereits aus den allgemeinen Charakteristika sowie aus den Entwicklungen im Hier und Jetzt ableiten. Die Klassenwidersprüche in jedem einzelnen Land der Welt werden ebenso um ein Vielfaches und schneller verschärft wie die zwischenimperialistischen Widersprüche, welche sich gegenwärtig insbesondere in der Eskalation USA versus China äußern. Die Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse und des werktätigen Volkes wurde schon in den ersten Monaten massiv verstärkt und wird weiter verstärkt werden, denn eine andere Möglichkeit hat das kapitalistische System nicht. Dadurch sehen aber auch immer mehr

Menschen dem Kapitalismus in die Fratze und die Kräfteverhältnisse werden sich in vielen Ländern auch zugunsten der revolutionären Kräfte verschieben.

Dass auch die stärksten imperialistischen Länder aufgrund der Pandemie geschwächt sind, bewirkt höchstens einen kurzfristigen Aufschub kriegstreiberischer Tendenzen. Auch die Militärs müssen sich auf die geänderte Situation einstellen, aber sie tun es und stehen bereit, die zugespitzten imperialistischen Widersprüche auszufeuchten.

Kriege, aber auch Revolutionen werden wahrscheinlicher. Die ArbeiterInnenklasse muss sich für beides vorbereiten, und zwar nicht nur für den Fall, dass das eigene Land unmittelbar betroffen ist. Die Partei der Arbeit will dabei die zentrale organisatorische und ideologische Stütze sein. Gemeinsam und in immer engerer Abstimmung mit ihren internationalen Schwesterparteien.

Gegenwärtig mag in der öffentlichen Debatte alles durch die Linse der Pandemie betrachtet werden. Jedoch beeinflusst das nicht die Eigenständigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, welche durch die Pandemie nur gebrochen werden. Die Einheit und Widerspruch wird daher weiterhin Stellungnahmen, theoretische Arbeiten und Diskussionsbeiträge zu vielfältigen Themen veröffentlichen, die der Entwicklung einer revolutionären Theorie und Praxis dienlich sein sollen.

Die vorliegende Ausgabe der Einheit und Widerspruch beginnt mit der gekürzten Fassung des politischen Berichts, den der scheidende Parteivorsitzenden und nunmehrige stellvertretende Vorsitzende Otto Bruckner an den vierten Parteitag der PdA erbracht hat. Darin skizziert er die politische Lage in Österreich und betont die Bedeutung der vergangenen Klassenkämpfe. Er thematisiert auch die widersprechenden Ansichten innerhalb der Partei und findet dabei klare Worte.

Anlässlich des 150. Geburtstag Lenins hat der Parteivorsitzende Tibor Zenker einen biographischen Abriss über den Führer des Weltproletariats verfasst. Wer es neben dem eifrigen Studium der Texte Lenins bisher

verabsäumt haben mag, sich auch mit seinem Leben zu befassen, dem sei dieser Aufsatz dringend empfohlen. Allen anderen ebenso.

Zur Frage einer Krise im Verhältnis zwischen Mensch und Natur liegen in diesem Heft gleich zwei Beiträge vor. Matthias Koderhold trägt in seinem Aufsatz Zahlen und Fakten zusammen, wie sie als aktueller Stand der Wissenschaften angesehen werden und leitet davon ab, dass eine Änderung der Eigentumsverhältnisse alleine das Problem nicht lösen würde. Abschließend wird über innerkapitalistische Reformalternativen spekuliert.

Dominik Maier nimmt in seinem Beitrag die für eine kommunistische Partei zentrale Frage nach dem Verhältnis des Klassenkampfes zum Klimawandel in den Fokus. Einige Eckpunkte dieses Verhältnisses werden in sieben Thesen skizziert.

Dave Westacott analysiert in seinem Diskussionsbeitrag den in Heft 7 der Einheit und Widerspruch erschienenen Artikel von Andreas Sörensen zum Thema EU-Wahlen. Westacott plädiert darin gegen Sörensen für eine Wahlkampagne als einer Kampagne gegen die Teilnahme am EU-Parlament.

Letzter Beitrag in diesem Heft ist eine Rezension von Lukas Haslwanger, welche das aktuelle Buch von Gerhard Oberkofler über den kommunistischen Historiker Leo Stern schmackhaft macht.

Als Anhang dokumentieren wir zu guter Letzt einige Stellungnahmen des Parteivorstands sowie von Parteivorstandsmitgliedern aus der letzten Zeit.

Politischer Bericht des Parteivorsitzenden Otto Bruckner an den vierten Parteitag der PdA

Stark gekürzte Fassung

Wien, 21. Dezember 2019 Wien

Im Mittelpunkt dieses Parteitages sollte eine realistische – also weder eine beschönigende, noch eine defätistische – Bestandsaufnahme stehen, darüber was wir erreicht haben, was nicht, und welches die unmittelbaren Ziele des weiteren Parteaufbaues für die kommenden Jahre sein sollen.

Zunächst aber eine sehr erfreuliche Nachricht: Diese Woche wurden im Weinviertel zwei Gemeinderatskandidaturen für die Wahlen Ende Jänner eingereicht: Die „Liste Kollarik – Partei der Arbeit“ in Neusiedl an der Zaya und die „Liste Fendrych-PdA“ in Weikendorf, und dazu sollten wir den beiden Genossen herzlichst gratulieren!

Klassenpolitik

Der entscheidende Bezugspunkt für eine marxistisch-leninistische Partei, die Arbeiterklasse, ist in Teilen, wo eine hohe gewerkschaftliche Organisationsdichte herrscht, durchaus bereit, für die eigenen – wenigstens ökonomischen – Interessen zu kämpfen. Zugleich ist es aber schon ein Ritual, dass diese Kämpfe von den Führungsorganen der Gewerkschaften abgedreht werden. Mit dieser Praxis ist es dazu gekommen, dass die niedrigen Einkommensschichten in den letzten 20 Jahren einen Reallohnverlust von über 16 Prozent zu verzeichnen hatten.

Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsverhältnissen, die an Sklaverei erinnern, steigt, ebenso die Zahl der Leute, die mehreren Teilzeitbeschäftigungen nachgehen müssen, um über die Runden zu kommen. Ein Niedriglohnsektor hat sich etabliert, und wächst weiter.

Die Lebenshaltungskosten sind zugleich gestiegen, ganz besonders die Kosten für Wohnen, Energie und Grundnahrungsmittel. Ein untüchtliches Zeichen dieser neuen Armut ist die steigende Zahl an Obdachlosen und an Sozialmärkten.

Vielfach sehen wir eine Gewerkschaftspolitik, die nur mehr Klientelpolitik ist, besonders in den besserverdienenden Branchen, wo auf die Vorreiterrolle für die einkommensschwachen Branchen gepfiffen wird. Der Geist, der heute im ÖGB vorherrscht, ist gut am sogenannten Widerstand gegen die Zerschlagung der Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen ablesbar: Als Höhepunkt fand eine Kundgebung im Hof der Wiener Gebietskrankenkasse statt, an der vor allem Angestellte der WGKK und Beschäftigte des ÖGB teilnahmen.

Es sind KOMintern und PdA, die auf diese Entwicklung immer wieder hinweisen, und nicht, wie manche andere Linke, in jeder Regung der Gewerkschaftsbunzen, die nicht von Faulheit und Unwilligkeit zum Kampf gekennzeichnet ist, gleich die große Kampfbereitschaft bejubeln. Auch das Links-Rechts-Schema, das in der SPÖ so gerne aufgebaut wird, ist zu vergessen. Die „Rechten“ bringen sozialpolitisch mehr voran, als die Bobos, und die SJ ist in ihrer Scheinradikalität, die am Ende immer in Einknicken mündet, vollkommen unglaublich. Das Verhalten der „Revoluzzer“ in der SPÖ erinnert mich an das Lied vom Lampenputzer!

Reaktionäre Grundhaltung

Wir leben in einem Land, in der ein reaktionäres Grundklima dominiert, und weit in die Arbeiterklasse hineinreicht. Die großen Medienhäuser und die Mehrzahl der politischen Parteien haben eine reaktionäre, neoliberalen und proimperialistische Grundhaltung und mit ihnen ein großer Teil der Bevölkerung. Es ist vollkommen naiv, anzunehmen, dass mit dem x-beliebigsten Linksbündnis daran etwas zu ändern wäre.

Was muss aber eine marxistisch-leninistische Partei aus einem solchen Befund ableiten? „Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewusste und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten.“ stellte der Hainfelder Einigungsparteitag der Sozialisten dazu vor 130 Jahren fest.

Das muss eine Partei sein, die Politik auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus betreibt, die sich als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse versteht, und die als ihr klares Ziel ausgibt, den Kapitalismus durch eine Revolution überwinden und den Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft erreichen zu wollen. Diese Partei wurde in Österreich 2013 mit der Partei der Arbeit neu gegründet, nachdem es über Jahrzehnte keine solche gab.

Von Linken, die sich selbst für Experten für sowieso alles halten, wird an dieser Stelle eingewandt: Wie kann solch eine kleine Partei diese Aufgabe erfüllen? Sie ist ja von der Klasse isoliert.

Darauf können wir antworten: Die Partei ist noch jung, ihre Mittel sind bescheiden, aber sie ist auf dem richtigen Weg. Sie ist in ihrer Kleinheit eben auch Ausdruck dessen, dass revolutionäres Bewusstsein nicht sehr weit verbreitet ist. Der Parteivorstand hat dem 4. Parteitag einige Anträge und Resolutionen zur Beschlussfassung vorgelegt, die darauf abzielen, sehr konkrete Entwicklungsschritte für die nächsten 2 Jahre festzulegen sowie unsere Bekanntheit und Ausstrahlung zu erhöhen und neue Menschen als MitstreiterInnen zu gewinnen.

Auffassungsunterschiede in der Aktionseinheits- und Bündnispolitik

In einem Mail, das viele Mitglieder ein paar Tage vor dem Parteitag erhalten haben, erhebt Genossin Selma Schacht schwere Vorwürfe. Einer davon ist, „Teile der Partei“ würden sich in eine sektiererische Richtung bewegen. Ganz offensichtlich meint sie damit die Mehrheit des Parteivorstands. Ihr könnt anhand der vom Parteivorstand

vorgelegten Beschlussvorlagen selbst feststellen, ob das zutrifft oder nicht.

Jedenfalls leite ich von dieser Kritik ab, dass angeblich einzig und allein das Verständnis von Politik, das die zwei führenden Genossen bei KOMintern, nämlich Selma Schacht und Gerhard Mack haben, und das von der Mehrheit des Parteivorstands abgelehnt wird, das Richtige wäre. Dieses Verständnis bedeutet, dass jede Woche zu mindestens drei Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen wird, was an den zeitlichen Möglichkeiten von Werktätigen vollkommen vorbei geht. Es bedeutet, dass unter Internationalismus verstanden wird, dass KOMintern zum Organisationsbüro der Unterstützung einer mehr oder minder separatistischen Organisation in Syrien geworden ist, die von den US-Imperialisten finanziert, ausgebildet und bewaffnet wurde; die den Völkern Syriens jahrelang gemeinsam mit den USA, Frankreich und anderen westlichen Staaten die Bodenschätze, vor allem das Öl geraubt haben. Und die ebenso wie ihre Schwesterorganisation in der Türkei auf den wirren Ideen fußt, die der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan im Gefängnis entwickelt hat. Damit einher geht die Stimmungsmache gegen unsere türkische Schwesterpartei, die TKP. Im Gegensatz zu den kurdischen Kräften führt die TKP jedoch einen Kampf, der die Interessen der Arbeiterklasse und aller Völker der Türkei in den Mittelpunkt stellt. Mit dem heutigen Tag beginnend führt die TKP übrigens Großkundgebungen in den drei größten Städten der Türkei, Izmir, Istanbul und Ankara, durch. Die Kritik an der Politik der kurdischen Kräfte hindert uns selbstverständlich nicht daran, mit ihnen solidarisch zu sein, ganz besonders in ihrem schweren und aufopfernden Widerstand gegen die türkischen Invasionstruppen und deren Söldner.

Nach mir wird Genosse Koliass über unsere internationalen Aktivitäten berichten, und ihr werdet sehen, dass der ebenfalls erhobene Vorwurf, wir würden gegen internationalistische Aktivitäten sein, geradezu lächerlich ist.

In der letzten Periode des Vorstands hat sich aber auch immer deutlicher gezeigt, dass die Genossen Schacht und Mack unwillig sind, auch

nur irgendetwas von Bedeutung KOMintern betreffend im Vorstand zu besprechen. Uns wurde immer wieder erklärt, wie wichtig es sei, auf die anderen Organisationen Rücksicht zu nehmen, der Vorstand der PdA erfuhr aber meist nur etwas auf Nachfrage, und das nach bereits getroffenen Entscheidungen. Wir waren also die einzige beteiligte Organisation, auf die keine Rücksicht genommen werden musste. Unsere Kritik, damit das ein für alle Mal klar ist, richtet sich nicht an KOMintern als Organisation, sondern an das Agieren unserer beiden Genossen, die dort alles bestimmen. Zu den meisten Bündnispartnern habe ich persönlich und haben auch wir als Partei ein normales und solidarisches Verhältnis, unter anderem auch deshalb, weil wir manche der Kollegen und Genossen Jahre und Jahrzehnte kennen, mit ihnen gemeinsam in vielen Kämpfen aktiv waren und nicht zuletzt gemeinsam KOMintern gegründet haben.

Damit zu dem leidigen Thema mit der „Fix-Zamm“-Demonstration vom 21. November 2019, an der angeblich alle Widerstandsbewegungen der Welt beziehungsweise deren Wiener Solidaritätsgruppen gemeinsam teilnehmen sollten. Der organisatorische Rahmen, in dem das stattfand, war die Donnerstagsdemo, die federführend von Antikommunisten wie Kurto Wendt organisiert wird. Ich zweifle nicht daran, dass der KOMintern-Sekretär, Genosse Mack, einen heldenhaften Kampf gegen die Teilnahme der Hongkong-Kräfte geführt hat. Das Problem ist vielmehr gewesen, dass KOMintern sich niemals öffentlich davon distanziert hat, dass die Fahne von Hong-Kong auf der FB-Seite der Demo während der Demo und bis in einem mit den Fahnen etwa von Chile und Bolivien zu sehen war, während KOMintern selbst eine Fahnencollage verwendete, auf der die Fahne von Hong-Kong nicht vorkam. Das ließ in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, dass KOMintern seinen Anhängern etwas anderes als die Tatsachen vorspielt. Daran, dass KOMintern sich an der Demo beteiligte und keine öffentliche Distanzierung vom Affront der Organisatoren vornahm, habe ich öffentlich Kritik geübt, und dazu stehe ich bis heute. Auch dass KOMintern einen Aufruf mitgetragen hat, in dem dieser Schwachsinn steht, habe ich kritisiert: „Die Öffentlichkeit, die zersetzt ist von den Stimmen mächtiger Männer, autoritärer Regime und neoliberaler Machtinteressen, wollen wir nun die Stimmen

von FLINT*s (das sind Frauen*Lesben*Inter*Non-Binary*Trans*Personen) entgegensetzen.“

Auch die neue Lieblingsfloskel der Bobo-Linken vom „guten Leben für alle“, für das angeblich alle Widerstandsbewegungen der Welt kämpfen, steht in diesem Aufruf. Die Volksbewegungen in Chile und Bolivien, in Brasilien, in Kolumbien und Venezuela kämpfen aber nicht für eine „gutes Leben für alle“, sie kämpfen für die Interessen der großen Mehrheit des Volkes und gegen den übermächtigen US-Imperialismus, gegen seine Söldnertruppen und Marionetten in ihren Ländern. Die Polithooligans in Hongkong hingegen kämpfen für die Interessen des US-Imperialismus und gegen die chinesischen Kommunisten.

Damit noch einmal generell zum Thema Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Wer den Bericht unseres Sekretärs, Genossen Schneider gehört hat, wird wohl kaum zum Schluss kommen, dass der Parteivorstand gegen Bündnispolitik wäre oder selbst keine betreiben würde. Gerade die gelungene und von uns initiierte Venezuela-Demonstration ist der beste Beweis dafür. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, dass man mehrmals die Woche bei allen stattfindenden Demos dabei sein muss und schon gar nicht, dass man Aufrufe wie den gerade zitierten unterstützen soll. Die inflationären Demoaufrufe sind ja auch unernst, denn eine wirksame Mobilisierung ist so nicht möglich. Unser prioritäres Ziel ist es auch nicht, möglichst oft mit reformistischen oder antikommunistischen Kräften gemeinsam auf der Straße zu sein. Unser Ziel ist es, mit möglichst vielen Werktätigen gemeinsame Sache zu machen, und nicht so sehr mit den Grünen, der rosa-grünen und antinationalen ÖH, oder der scheinradikalen SJ. Freilich ist auch die Beteiligung an solchen Aktionen notwendig, besonders wenn es größere Aktionen sind, da haben wir aber bei ernsthafter Teilnahme in der Regel immer geschafft, eigenständig aufzutreten und unsere Materialien vor allem an die zahlreichen Unorganisierten zu bringen, wie aus dem Bericht des Genossen Schneider hervorgeht.

Die Bedeutung der Würdigung vergangener Kämpfe

Wir haben im vorigen Jahr eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe zu 100 Jahre Kommunistische Bewegung und heuer zu 70 Jahre DDR durchgeführt.

Worin liegt die Bedeutung solcher Veranstaltungen? In der ersten Republik führten die Kommunisten jedes Jahr Gedenkveranstaltungen, in denen an die Kämpfe von 1848 erinnert wurde, durch, und es wurden vor allem die proletarischen Kämpfer gewürdigt. Heute ehren wir jedes Jahr die Februartkämpfe, die Kämpfer gegen Faschismus und Krieg bei der Kundgebung in Mauthausen und die große sozialistische Oktoberrevolution. Das wichtigste an diesen und vielen anderen Erinnerungsveranstaltungen ist es, an die nächsten Generationen weiterzugeben, wie das Proletariat und die Kommunisten gekämpft, gelitten, verloren und gewonnen haben. Es soll aber auch Kraft in den Kämpfen von heute geben.

Wenn ihr verzagt seid, denkt an große Namen aus der Frühzeit unserer Bewegung wie Friedrich Hexmann oder Karl Steinhardt, denkt an die heldenhaften Kommunisten, die gegen die mordende Polizei beim Justizpalastbrand 1927 kämpften, denkt an die Februartkämpfer, die der kommunistischen Bewegung den größten Zulauf an marxistische gebildeten Kadern bescherten, den sie jemals hatte.

Denkt an die Spanienkämpfer, und an die Kämpfer in vielen Ländern und an vielen Fronten gegen den Hitlerfaschismus. Wir müssen Namen in Ehren halten, die nicht so bekannt sind, wie den von Hans Steiner, der in der Roten Armee ebenso wie sein Vater im Dienste der Aufklärung gefährlichste Aufgaben ausführte, bei denen sein Vater den Tod fand, und der auch nach 1945 zahlreiche Aktionen im Dienste der KPÖ leitete, über die nicht gesprochen wurde, der in Kooperation mit Bruderparteien mithilfe vieler Genossen aus aller Welt vor Verfolgung und Tod zu retten.

Denkt an die 42 oberösterreichischen Genossen, die in den letzten Kriegstagen in Mauthausen ermordet wurden, oder an die vielen Ge-

nossinnen und Genossen, die im illegalen Kampf um Österreichs Freiheit fielen, aber auch an die, die diesen Kampf überlebten, wie Max Muchitsch in Leoben, der mit seiner Partisanengruppe das Stahlwerk Donawitz vor der Zerstörung durch die Nazis bewahrte.

Denkt an Namen wie Johann Koplenig, Franz Honner oder Friedl Fűrberg, die jahrzehntlang an der Spitze der Partei standen, an Erwin Scharf, den ehemaligen SPÖ-Zentralsekretär, der mit seiner linkssozialistischen Gruppe zu den Kommunisten wechselte.

Die mächtigste und Kraft jedoch, die das Weltproletariat jemals hatte, war die Sowjetunion. Die Herrschaft der Werktätigen, die Industrialisierung dieses Riesenlandes, der Aufbau eines sozialistischen Bildungssystems, der erstmals in der Geschichte eine Akademikerschicht aus der Arbeiter- und Bauernschaft hervorbrachte, die Befreiung der Frau aus rückständigsten Verhältnissen, oder auch die Schaffung einer leistungsfähigen Landwirtschaft sind Verdienste, die auch heute propagiert werden müssen.

Diese Sowjetunion hatte mit der Roten Armee aber auch eine Volksarmee, die den Hitlerfaschismus nicht nur vor Stalingrad zum Stehen brachte, sondern ihn bis nach Berlin zurücktrieb und die rote Fahne der Sowjetvölker auf dem Reichstag hisste.

Die ganze Wucht der ersten proletarischen Armee der Welt ging am 10. Jänner 1943 vor Stalingrad auf die deutsche Okkupationsarmee nieder. Ein 55 Minuten währendes Trommelfeuer von 7000 Geschützen leitete den Beginn der Zerschlagung der faschistischen Armeen und den Tod des Faschismus ein.

Und wenn wir die tapferen Helden des Zentralkomitees und alle anderen 2000 österreichischen Kommunisten ehren, die im Kampf gegen den Faschismus fielen, so wissen wir, sie starben nicht nur für die Freiheit unseres Landes, für die Befreiung des Proletariats. Sie zeichnete bis zuletzt die unverbrüchliche Treue zum Mutterland aller Werktätigen, zur Sowjetunion und dem Mann, der die Bekämpfung der Faschisten leitete, koordinierte und schließlich zum Erfolg

führte, zum Generalsekretär der KPdSU, Josef Wissarionowitsch Stalin, aus.

Alle, die vor uns für die Befreiung der Menschheit von der Geisel des Krieges, der kapitalistischen Ausbeutung und für eine geschwisterliche sozialistische Gesellschaft kämpften, sind für immer bei uns, wir sind Fleisch von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blut!

Für den Sieg der Vernunft, der sozialistischen Weltrevolution!

Der Kapitalismus zeigt nicht nur täglich seine Überlebtheit, er ist auch das Gesellschaftssystem, das den größten Schaden auf der Erde angerichtet hat. Die Klimakrise bedroht das Überleben der Menschheit, die angehäuften Atomwaffen können zu verheerenden Vernichtungen führen, und die Kluft zwischen arm und reich war national und international noch nie so groß. Das alles schreit nach dem Sieg der Vernunft, nach dem Sieg der sozialistischen Weltrevolution, und auch wir müssen das kleine Rädchen sein, das mithilft, diesen Sieg herbeizuführen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dies ist mein letzter politischer Bericht als Vorsitzender der PdA. Für mich geht eine Zeit von fast zwei Jahrzehnten zu Ende, in der ich die Hauptverantwortung trug, zuerst als Sprecher der Kommunistischen Initiative zur Erneuerung der KPÖ, dann als Vorsitzender der KI, als erster AK-Rat von KOMintern und schließlich als Vorsitzender der PdA seit 2013.

Ich sehe die Zeit gekommen, den Vorsitz an einen jüngeren Genossen zu übergeben. Ich war daher sehr erfreut, dass Genosse Tibor Zenker meinen Vorschlag annahm, auf diesem Parteitag für den Parteivorsitz zu kandidieren. Auch er gestaltet seit langer Zeit die Sammlung der revolutionären Kräfte in Österreich mit, und hat vor allem in theoretischer und programmatischer Hinsicht viel zum Parteaufbau beigetragen. Ich bin guter Dinge, dass Tibor der richtige Genosse am richtigen Platz zur richtigen Zeit sein wird, und wir alle sollten ihn nach Kräf-

ten dabei unterstützen. Gleichzeitig freue ich mich aber auch darüber, weiterhin dem Parteivorstand als Tibors Stellvertreter angehören zu dürfen, und in einem stark verjüngten Vorstandsteam den weiteren Parteaufbau mitgestalten zu können.

Ich bedanke mich bei allen KampfgefährtenInnen, mit denen ich seit Jahrzehnten den Kampf für die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse gemeinsam geführt habe, ich möchte mich aber auch besonders herzlich bei den jungen Genossinnen und Genossen bedanken, die Verantwortung übernehmen und den Kampf weiterführen.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Sowjetunion und der unsterbliche Frühsozialismus!

Es lebe die Partei der Arbeit Österreich!

Lenin 1870-1924

Betrachtungen zum 150.

Geburtstag Wladimir Iljitsch

Uljanows

Von Tibor Zenker

Russland hat heute rund 145 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen, obwohl weite Gebiete eine sehr dünne Besiedelung aufweisen. Daher gibt es auch viele Großstädte, von denen manche in Westeuropa allerdings wenig bekannt sind. Dazu zählt wohl auch die Stadt Uljanowsk an der Wolga, wo deutlich über 600.000 Menschen leben – etwa so viele wie in Stuttgart oder Düsseldorf, Kopenhagen oder Glasgow.

Die genannte Stadt, etwa 700 Kilometer östlich von Moskau, trägt ihren heutigen Namen, weil dort am 22. April 1870 – vor 150 Jahren – ein gewisser Wladimir Iljitsch Uljanow geboren wurde. Auch diesen Namen kennt nicht jeder, doch wer mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus vertraut ist, weiß natürlich, dass sich dahinter W. I. Lenin verbirgt – respektive eigentlich eher umgekehrt: „Lenin“ war jener Deck- und Kampfname, den Uljanow im westeuropäischen Exil im Jahr 1900 annahm. Doch dazu kommen wir später.

Im Jahr 1870 hieß Uljanowsk noch Simbirsk – vermutlich eine Bezeichnung tatarischen Ursprungs – und hatte nicht einmal ein Zehntel seiner gegenwärtigen Einwohnerzahl. Lenins Vater, Ilja Uljanow, wirkte hier als Schulinspektor, zuvor war er Lehrer gewesen. Die Mutter Maria, geb. Blank, hatte ebenfalls die staatliche Lehrerinnenprüfung abgelegt, widmete sich jedoch vollständig Haushalt und Kindererziehung. Denn Kinder gab es mehrere: Neben Wladimir, genannt Wolodja, dessen ältere Geschwister Anna (*1864) und Alexander (*1866)

sowie die jüngeren Olga (*1871 – sie starb bereits 1891 an Typhus), Dimitri (*1874) und Maria (*1878). Zwei weitere – Olga, *1868, und Nikolai, *1873 – starben bald nach ihrer Geburt. Alle Geschwister wurden in der revolutionären Bewegung aktiv, Anna, Dimitri, Maria – und natürlich Wladimir – auch Mitglieder der Sozialdemokratischen bzw. Kommunistischen Partei.

Es war jedoch der ältere Bruder, Alexander („Sascha“), der als erster zur Tat Schritt. Als Biologiestudent an der Universität von Sankt Petersburg, wo ab 1883 sein besonderes zoologisches Interesse den Ringelwürmern galt, schloss er sich der klandestinen sozialrevolutionären Gruppe „Volkswille“ an. Im März 1887 wurde seine Zelle von der Geheimpolizei ausgehoben, der man die Vorbereitung eines Attentats auf Zar Alexander III. vorwarf. Schon am 20. Mai desselben Jahres wurde Alexander Uljanow nach einem raschen Gerichtsverfahren in der Festung Schlüsselburg gehängt.

Die Hinrichtung war der zweite Schlag für die Familie binnen kurzer Zeit, am 24. Januar 1886 war der Vater Ilja an einer Gehirnblutung verstorben. Wladimir war zu diesem Zeitpunkt ein Teenager, Schüler am Klassischen Gymnasium von Simbirsk und vom Tod seines Bruders tief getroffen. Zwar legte er wenige Tage danach die Abschlussprüfungen als Jahrgangsbester ab, doch waren seine revolutionären Einstellungen, die er schon zuvor entwickelt hatte, nun umso mehr entbrannt.

Zunächst nahm er jedoch das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität von Kasan auf. Wegen der Teilnahme an Studentenprotesten wurde er bereits im Dezember 1887 von der Hochschule verwiesen, weswegen er den Abschluss als Externer machen musste, was 1891 mit Auszeichnung gelang. Ab 1892 war Wladimir Uljanow als Rechtsanwaltsassistent, in wenigen Fällen auch als Strafverteidiger in Samara tätig. 1893 übersiedelte er nach St. Petersburg, wo er in der Anwaltskanzlei Wolkenstein arbeitete.

In der Hauptstadt des russischen Zarenreiches beschäftigte sich Uljanow weiter mit dem Marxismus, auf den er schon durch seinen älteren

Bruder gestoßen worden war, kritisierte die Vorstellungen und Methoden des „Volkstümler-Sozialismus“ und las Schriften von Georgi Plechanow. Auch suchte er Kontakt zu Petersburger marxistischen Zirkeln, wobei er die gleichaltrige Lehrerin und Revolutionärin Nadeschda Krupskaja kennenlernte. Im Zuge einer längeren Reise durch West- und Mitteleuropa im Jahr 1894 war es ihm – auch dank seiner durch die Mutter geförderten Mehrsprachigkeit – möglich, weitere wichtige Schriften zu studieren, die in Russland nicht zugänglich waren. Als er 1895 als zweifellos gefestigter marxistischer Revolutionär nach St. Petersburg zurückkehrte, war er maßgeblicher Mitbegründer des „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“, der für die sozialistische Revolution agitierte. Dies führte im Dezember desselben Jahres zu Uljanows Festnahme durch die zaristische Polizei: Nach 14 Monaten in Untersuchungshaft wurde er zu einer dreijährigen Verbannung in Sibirien verurteilt.

Am 8. Mai 1897 trat er die Strafe im Dorf Schuschenskoje an, im sibirischen Südwesten, unweit der Grenze zur Mongolei. Genau ein Jahr später folgte ihm Nadeschda Krupskaja nach, die ebenfalls ein Verbannungsurteil ausgefasst hatte. Die beiden gingen vor Ort die Ehe ein. Das hölzerne Wohnhaus, in dem sie zusammen mit Nadeschdas Mutter Jelisaweta lebten, kann noch heute in Schuschenskoje besichtigt werden.

Durch die Verbannung verpassten Uljanow und Krupskaja ein Ereignis, das am 1. März 1898 in Minsk – 5.000 Kilometer entfernt – stattfand: Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Diesem Treffen wohnten überhaupt nur neun Delegierte bei, die sechs kleinere revolutionäre Organisationen vertraten, wobei keiner von ihnen in den folgenden Jahren eine größere Rolle in der russischen Arbeiterbewegung spielen sollte. Die meisten prominenten bzw. später bekannten Marxisten und kommenden Revolutionäre waren abwesend: Plechanow war im Exil, Lenin in der Verbannung, Trotzki im Gefängnis, Bucharin in der Grundschule und Stalin im Priesterseminar – um nur einige zu nennen. Es handelte sich so oder so um ein kühnes Vorgehen, sich auf dieser Basis zum Gründungs- und ersten Parteitag der SDAPR zu erklären – und doch hatte

es weitreichende Folgen, denn die Resonanz lag über den Erwartungen: In vielen Städten Russlands bildeten sich, z.T. quasi auf eigene Faust, politische Arbeitergruppierungen und Zeitungsredaktionen, die sich als Teile der neuen SDAPR verstanden und in ihrem Sinne aktiv wurden. Zwar waren sie der Verfolgung und Repression der zaristischen Autokratie ausgesetzt, doch bis zum II. Parteitag – der allerdings erst in fünf Jahren stattfinden sollte – konnten sich vielerorts Basisstrukturen festigen, was auch von „außen“, d.h. vom westeuropäischen Exil unterstützt wurde.

In dieses ging nämlich auch Wladimir Uljanow, nachdem seine Verbannung mit 29. Januar 1900 vorbei war (Krupskaja folgte ein Jahr später, nach Ablauf ihrer Strafe). Denn er erkannte die Wichtigkeit der Herausgabe einer zentralen Zeitung der SDAPR, die zugleich aufklärerischen, ideologisch bildenden wie organisierenden Charakter haben sollte. Doch unter den Bedingungen der Illegalität war dies in Russland schwer möglich. Nicht zuletzt deshalb verließ er nach exakt sechs Monaten die Heimat und sollte erst nach fünf Jahren zurückkehren. In Genf kam er mit Plechanow zusammen, als sie die Etablierung der marxistischen Zeitung „Iskra“ („Funke“) beschlossen und vorbereiteten. Danach lebte Uljanow zunächst hauptsächlich in München, 1902 übersiedelte er nach London.

In der ersten Zeit des europäischen Exils benützte er verschiedene Decknamen, u.a. Jordanow und Mayer bzw. Meyer. Seine Artikel und Schriften begann er nun jedoch, nachdem er u.a. auch die Pseudonyme Iljin und Tulin verwendet hatte, in aller Regel mit „N. Lenin“ zu signieren, womit der berühmte Kampfname geboren war, unter dem Uljanow weltbekannt werden sollte. Es ist umstritten, ob sich diese Namenswahl tatsächlich auf den sibirischen Fluss Lena bezieht, der im Baikalsee entspringt und in nördlicher Richtung, über 4.500 Kilometer, zum Polarmeer fließt. Eine andere Erklärung stellt einen Bezug zum ehemaligen Kindermädchen gleichen Namens her. Das vorangestellte „N“ des Pseudonyms, das später zugunsten des tatsächlichen Vornamens wegfiel, steht jedoch wohl für Nikolai und dürfte vom Großvater väterlicherseits herrühren, von Nikolai Uljanow (1765-1838), der sich aus der Leibeigenschaft befreien konnte und danach als Schneider in Astrachan lebte.

Zum Jahreswechsel 1900/1901 lag die erste Ausgabe der „Iskra“ vor. Der Redaktion gehörten neben Lenin, der den ersten programmatischen Leitartikel verfasste, und Plechanow außerdem Wera Sassulitsch, Julius Martow, Pawel Axelrod und Alexander Potressow an, die sich alle im Exil befanden. Nur Lenins jüngerer Bruder Dimitri Uljanow, der als Korrespondent mitwirkte, lebte in Russland. Der Druck wurde auf Vermittlung deutscher Sozialdemokraten in Leipzig durchgeführt, wo kyrillische Lettern zur Verfügung standen, danach in München, schließlich in London. Eine weitere wesentliche Aufgabe bestand freilich im illegalen Transport der Zeitung nach Russland, wo sie de facto als marxistisches Zentralorgan der SDAPR dienen sollte. Tatsächlich fanden die geschmuggelten Exemplare der „Iskra“ eine größere Leserschaft als alle früheren und anderen revolutionären Zeitungen Russlands.

Im März 1902 veröffentlichte Lenin seine Schrift „Was tun? – Brennende Fragen unserer Bewegung“. Darin wurden entscheidende Gedanken zu Papier gebracht, die auf die Entwicklung der SDAPR zu einer marxistischen, revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse abzielten. Damit wandte sich Lenin auch gegen die Vertreter des „Ökonomismus“, die der Arbeiterklasse nur die Befähigung zu gewerkschaftlichen, reformerischen sozialen Kämpfen zubilligten. Lenin setzte hingegen auf umfassende politische Aufklärung, auf die Hineintragung sozialistischen Bewusstseins in die Arbeiterschaft, Heranführung an den Marxismus, Organisation der fortgeschrittensten Arbeiter und Ausbildung von revolutionären Kadern als Vorhut des Proletariats. Vieles davon – nicht zuletzt der strenge und straffe Konspirativismus – bezog sich auf die damalige konkrete Situation in Russland, in weiterer Folge sollte sich jedoch zeigen, dass der Gutteil der Überlegungen zu einer „Partei neuen Typus“ von allgemeiner Relevanz war: Auf ihnen fußen die Prinzipien der marxistisch-leninistischen Partei und des demokratischen Zentralismus. In der „Iskra“-Redaktion und in der SDAPR war mit der Veröffentlichung allerdings endgültig eine Diskussion entbrannt, die den kommenden, II. Parteitag sowie die weitere Geschichte der russischen und dann auch der weltweiten Arbeiterbewegung prägen sollte.

Der angesprochene, etwas langwierige Parteitag, der gewissermaßen aber auch der erste vollwertige war, sollte Ende Juli 1903 in Brüssel beginnen, doch die Delegierten wurden von der belgischen Polizei des Landes verwiesen. Daher musste die Tagung kurzfristig nach London verlegt werden. Auf dem Kongress, der nun im August zusammentrat, zeigte sich rasch, dass sich zwei Gruppen gegenüberstanden: Einerseits die Anhänger Lenins sowie seiner organisatorischen und strategischen Ausrichtung, andererseits, unter Führung Martows, Ökonomen, Reformer und Autonomisten, die auf eine lose Struktur orientierten. Lenin, der sich inzwischen einen Namen als marxistischer Revolutionär gemacht hatte, konnte die Mehrheit der Delegierten hinter sich versammeln – von dieser Tatsache her rührt die Bezeichnung dieser Gruppe als Bolschewiki („Mehrheitler“), während die „Menschewiki“ die Minderheit in der russischen Sozialdemokratie bildeten. Wenn gleich ein gemeinsames marxistisches Programm beschlossen wurde, so bedeutete der II. Parteitag eine faktische Spaltung der SDAPR.

Mit entsprechendem Abstand und wenngleich nicht jede Entscheidung des Parteitages an dieser Linie festzumachen ist, so kann man heute trotzdem sagen, dass damit eine Trennung vorweggenommen wurde, die am Ende und nach dem Ersten Weltkrieg die gesamte Arbeiterbewegung betreffen und eine zwingende Konsequenz aus Revisionismusdebatte, Sozialimperialismus und -chauvinismus, Burgfriedenpolitik und Revolutionsablehnung sein sollte. In weiterer Folge repräsentierten die Bolschewiki den konsequent marxistischen und revolutionären, internationalistischen, schließlich kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung, die Menschewiki hingegen den reformistischen, revisionistischen, opportunistischen, kurz: die nicht (mehr) marxistische Sozialdemokratie.

Lenin reflektierte die Ergebnisse des insgesamt wenig zufriedenstellenden Parteitages in der Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, die 1904 erschien. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Menschewiki bereits die „Iskra“ an sich gerissen bzw. waren sämtliche Redaktionsmitglieder außer Lenin auf deren Seite gewechselt. Die marxistische „Iskra“ hatte mit Ausgabe 44 (Juli 1903) zu existieren aufgehört, die von Plechanow betriebene Fortführung (bis 1905) wur-

de zum Sprachrohr des Revisionismus. Die Bolschewiki publizierten in weiterer Folge ihre Zeitung unter den Namen „Wperjod“ („Vorwärts“) und „Proletari“ („Der Proletarier“).

Es kam die Russische Revolution von 1905, im Gefolge des Russisch-Japanischen Krieges und des „Petersburger Blutsonntags“, als im Zuge einer Demonstration streikender Arbeiter hunderte Menschen von Soldaten erschossen wurden. Aufstände, Unruhen, Streiks, Landbesetzungen und Meutereien (auf entsprechende Ereignisse in Odessa bezieht sich Eisensteins Film „Panzerkreuzer Potemkin“, 1925) wurden zunächst blutig niedergeschlagen, doch verlor die zaristische Staatsmacht tendenziell die Kontrolle über die Situation. In St. Petersburg bildete sich der erste Arbeiterrat („Sowjet“). Lenin ergriff im Gefolge des III. Parteitages der SDAPR in London (April/Mai 1905) die Gelegenheit, um nach Russland zurückzukehren. In einigen Städten verfügte die SDAPR über bedeutenden Einfluss unter der Arbeiterschaft und sie wuchs in den Revolutionsjahren auf zigtausende Mitglieder an. Die Bolschewiki organisierten eine geheime Konferenz im Tampere (Finnland) unter Lenins Leitung, um zumindest nun in der revolutionären Situation eine gewisse Zusammenarbeit der beiden Flügel zu ermöglichen, was auch gelang, wenngleich sich die Menschewiki zur selben Zeit in Genf trafen. Zar Nikolaus II. beruhigte die eskalierende Lage in Russland durch die Zusage zur Schaffung eines Parlaments („Duma“). Da sie unter den vorgegebenen Bedingungen ein Scheinparlament unter Kontrolle der Autokratie sahen, boykottierten die Bolschewiki die Wahlen zur ersten Duma (April-Juli 1906) – tatsächlich verfügte diese „Volksvertretung“ über wenig Macht als zweite Kammer unter dem vom Zaren kontrollierten Reichsrat. Dennoch wurde sie bald wieder aufgelöst, als liberale Kräfte eine Landreform anstrebten. In der zweiten Duma (Februar-Juni 1907), an deren Wahl die SDAPR auf Lenins Initiative sehr wohl teilnahm, stellten die Sozialdemokraten auf Anhieb 65 Abgeordnete und damit die drittgrößte Fraktion. Mit den 34 Sitzen der Sozialrevolutionären Partei sowie den 101 der (allerdings einigermaßen fragwürdigen) „bauernsozialistischen“ Trudowiki war ein gewissermaßen „linker“ Einfluss entstanden, der den Zaren zur abermaligen baldigen Auflösung veranlasste – als Vorwand diente die angebliche Vorbereitung eines Putsch-

versuches der SDAPR. Für die dritte Duma wurde das Wahlgesetz zugunsten des Adels, der Gutsbesitzer, Großunternehmer und vermögenden Bürger, zuungunsten der städtischen (arbeitenden) Bevölkerung, der Bauern und der Minderheiten abgeändert: Das gewünschte Ergebnis zum Jahresende 1907 war eine zarentreue Mehrheit, während die SDAPR nur noch 14 Abgeordnete stellte. Ministerpräsident Stolypin gelang durch Reformen eine Stabilisierung der allgemeinen Lage, obgleich Bolschewiki und Sozialrevolutionäre ihre Kämpfe fortführten. Die Russische Revolution 1905-1907 war jedoch gescheitert und es setzte wieder vermehrte Repression ein. Lenin hatte zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Verfolgung durch die russische Geheimpolizei bereits nach Finnland fliehen müssen, bald darauf ging er wieder nach Westeuropa, diesmal hauptsächlich in die Schweiz, zwischenzeitlich wohnte er auch in Paris und London.

In der Zwischenzeit, im April 1906, war in Stockholm der IV. Parteitag der SDAPR zusammengekommen, Bolschewiki wie Menschewiki. Lenins Statutenvorschläge wurden nun zur Gänze angenommen. Ein neuer Höchststand an Parteiorganisationen hatte Delegierte entsandt. Zudem wurden die sozialdemokratischen Parteien Finnlands, Polens, der Ukraine, Litauens und Lettlands sowie der jüdische Arbeiterbund integriert, weshalb mitunter von einem „Vereinigungsparteitag“ gesprochen wird. Doch die tatsächliche „Wiedervereinigung“ von Bolschewiki und Menschewiki erwies sich zurecht als unmöglich, obwohl Lenin und die Bolschewiki zu einigen Kompromissen bereit waren.

Dies zeigte sich abermals am V. Parteitag – dem letzten gemeinsamen der beiden Flügel –, der nur ein Jahr danach, in der zweiten Maihälfte 1907 in London tagte. Die Bolschewiki verfügten über eine knappe Mehrheit, die jedoch von lettischen und polnischen Unterstützern abhing. Die Frage: bewaffneter revolutionärer Aufstand oder Transformation der SDAPR in eine reformistische sozialdemokratische Partei westeuropäischen Typs, stand im Mittelpunkt der Diskussionen, ebenso die Frage der revolutionären „Enteignungen“, d.h. der Raubüberfälle zur Finanzierung der Partei, durch die Bolschewiki. Lediglich in der letzteren Angelegenheit erlitt Lenin eine Abstimmungs-niederla-

ge. Bezüglich des Zentralkomitees einigte man sich nochmals auf eine ausgewogene Zusammensetzung. Dennoch, unter den Bedingungen verstärkter Repression und Spaltungsförderung durch die russische Staatsmacht, entwickelte sich nicht zuletzt Martow, der prominenteste Menschewik, zu einem Befürworter der vollständigen Liquidierung der SDAPR als revolutionärer Kampfpartei, die auf dem Wege des Klassenkampfes und des Aufstandes Zarismus und Kapitalismus stürzen sollte. Lenin wandte sich in aller Entschiedenheit gegen derartige Ideen: Eine Unterordnung unter das Wohlwollen des zaristischen Staates, ein parlamentarischer Weg zu entscheidenden Reformen oder gar zum Sozialismus widersprach seiner Meinung nach der Substanz des Marxismus und der revolutionären Arbeiterbewegung, und kam einer Kapitulation gleich. Selbst innerhalb des menschewistischen Flügels bildeten sich in weiterer Folge verschiedene Fraktionen, die auf unterschiedlichen Vorstellungen über Organisation, Strategie und Taktik beruhten.

Im August 1910 nahm Lenin als Vertreter der SDAPR am 8. Kongress der II. Internationale in Kopenhagen teil. Die Versammlung, die auch den 8. März als Internationalen Frauentag bestätigte, stand zum Gutteil unter den Vorzeichen des Rüstungswettlaufs und der Kriegsgefahr. Die neuerliche Resolution gegen Militarismus und internationale Konflikte, die den Beschluss des Stuttgarter Kongress von 1907, die durch einige Abänderungsanträge u.a. auch Lenins Handschrift trug, explizit bestätigte, verpflichtete die Parteien dazu, den drohenden großen imperialistischen Krieg gegebenenfalls zu nützen, um die Bourgeoisie zu stürzen. Bereits vier Jahre später sollte sich dieser Beschluss als wertlos erweisen.

Für Januar 1912 wurde eine Parteikonferenz der SDAPR nach Prag einberufen. Die Menschewiki, die sich auch aufgrund interner Zerwürfnisse in einer besonderen organisatorischen Schwächephase befanden, entsandten lediglich zwei Delegierte. Daher fand die Versammlung unter erheblicher bolschewistischer Dominanz statt, obgleich Lenin sich keineswegs in allen Punkten durchsetzen konnte. Zudem hatte Leo Trotzki gleichzeitig zu einem menschewistischen Gegenkongress nach Wien geladen. Der Bruch zwischen Bolschewiki

und Menschewiki wurde nun „amtlich“: In Prag wurden Lenin, Stalin und Swerdlow ins Zentralkomitee gewählt, die Partei erhielt einen Namenszusatz und firmierte von nun an als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki)“ – zur Abgrenzung von den menschewistischen Revisionisten und Opportunisten –, und bereits im April desselben Jahres gab die SDAPR (B) die neue Parteizeitung „Prawda“ („Wahrheit“) heraus. Die Mitgliederzahl war inzwischen jedoch auf 10.000 gesunken.

Als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg begann – der von den Bolschewiki durchaus vorhergesehen worden war –, befand sich Lenin aus gesundheitlichen Gründen gerade in der Nähe von Krakau, wo er aufgrund seiner russischen Staatsbürgerschaft von den österreichischen Behörden verhaftet wurde. Viktor Adler, der Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, verbürgte sich für Lenins antizaristische Gesinnung, weswegen er im Laufe des Augusts in die Schweiz ausreisen konnte.

In Bern und Zürich analysierte er in den folgenden Monaten und Jahren den Zusammenbruch der II. Internationale und das Versagen der sozialdemokratischen Parteien – fast alle, mit Ausnahme v.a. der SDAPR (B), waren auf Positionen der angeblichen „Vaterlandsverteidigung“ und der Kriegsunterstützung übergegangen. Lenin und die Bolschewiki orientierten weiterhin auf die Verwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der dynastischen und kapitalistischen Herrschaft, wie es auf den internationalen sozialistischen Kongressen von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) ja beschlossen worden war. Die Abgeordnete der Bolschewiki stimmten im August 1914 in der Duma gegen die Kriegskredite, woraufhin die meisten verhaftet und nach Sibirien deportiert wurden, während die SDAPR (B) im Herbst desselben Jahres verboten und scharf verfolgt wurde. Dennoch gelang es trotz Illegalität und Krieg, einen Mitgliederstand von rund 25.000 zu erhalten.

In dem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ (1915) widersprach Lenin der Illusion einer nichtimperialistischen supranationalen Union unter kapitalistischen Verhältnissen, mit gera-

dezu prophetischem Gespür für heutige EU-Apologien von „links“.

Anfang September 1915 nahm Lenin als Repräsentant der SDAPR (B), gemeinsam mit Grigori Sinowjew, an der internationalen Konferenz der sozialistischen Kriegsgegner im Schweizer Zimmerwald in der Nähe von Bern teil. Die „Zimmerwalder Linke“ um Lenin konnte sich mit ihren revolutionären Positionen jedoch nicht gegen die rechten Kräfte sowie pazifistische Illusionen durchsetzen, schließlich wurde ein zentristisches Kompromissmanifest beschlossen, das wesentlich die Handschrift von Trotzki trug und den Krieg lediglich verurteilte sowie Friedenspolitik forderte. Lenins Zusatzprotokoll insistierte hingegen auf den Sturz der Klassenherrschaft im Gefolge des Krieges. Auf der Nachfolgekonferenz von Kiental im Berner Oberland (April 1916) verfügten die Linken über mehr Einfluss, was sich immerhin in einem Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf niederschlug. Trotzdem zeigte sich abermals, dass abwiegelnde Sozialdemokratie und revolutionärer Marxismus künftig getrennte Wege gehen würden, was sich auf und mit der dritten Konferenz (Stockholm, September 1917) bestätigte – auf Lenins Veranlassung reiste der bolschewistische Delegierte daher vorzeitig ab.

Am 25. Juli 1916 starb Lenins Mutter Maria Uljanowa. Lenin war tief getroffen, dass es ihm nicht möglich war, an ihrer Beerdigung in St. Petersburg – nun Petrograd – teilzunehmen. Er hatte sie zuletzt 1910 bei einer Zusammenkunft in Schweden gesehen und war bis zu ihrem Tod mit ihr in Briefwechsel gestanden.

Nicht zuletzt widmete sich Lenin in dieser Zeit aber auch umfassenden ökonomischen Studien, deren 1916 fertiggestelltes Ergebnis das bedeutende Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ ist. Darin nimmt Lenin eine fundierte Analyse des Monopolkapitalismus vor, systematisiert seine Merkmale und weist ihm seinen Platz in der Geschichte als Vorabend der sozialistischen Revolution zu. Wie unmittelbar er von dieser Aussicht in nächster Zukunft selbst betroffen sein würde, ahnte er zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht. Und man ist geneigt, es bei der Bemerkung zu belassen: Der Rest ist Geschichte.

Es ist hier nicht der Platz, um den Verlauf der russischen Revolutionen des Jahres 1917 im Detail nachzuzeichnen. Faktum ist: Am 8. März begann die Februarrevolution, die den Zarismus hinwegfegen sollte, als Folge der militärischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise. Es bildete sich die Doppelherrschaft von Provisorischer Regierung, die sich auf die im November 1912 gewählte Duma stützte, und der Sowjets der Arbeiter und Soldaten, unter Führung des Petrograder Sowjets. An der Spitze der neuen Regierung, die Zar Nikolaus II. sowie dessen designierten Nachfolger und Bruder Michail zum (vorläufigen) Thronverzicht bewegte, standen liberale bürgerliche Kräfte, den Ministerpräsidenten stellte die Kadettenpartei mit Fürst Lwow. Ihm sollte im Juli Alexander Kerenski folgen, zuvor Kriegsminister, ehemals Fraktionsvorsitzender der Trudowiki, nun Mitglied der Sozialrevolutionären Partei. Detail am Rande: Wie Lenin stammte Kerenski aus Simbirsk, wo sein Vater den jungen Wladimir Uljanow sogar am Gymnasium als Lehrer unterrichtet hatte. So groß Russland auch sein mag – die Welt ist klein.

Am 9. April 1917 brach Lenin mit 18 weiteren Bolschewiki – darunter Krupskaja, Sinowjew und Karl Radek – auf, um per Zug (teilweise auch per Schiff) und mit einer deutschen Transiterlaubnis ausgestattet nach Russland zurückzukehren. Es dürfte außer Zweifel stehen, dass das zuständige deutsche Außenministerium sich eine weitere Destabilisierung Russlands und daher positive Auswirkungen auf den Krieg und einen möglichen separaten Friedensschluss erhoffte. Dass Lenin aber im Auftrag des Deutschen Reiches agierte, quasi als Agent, der auch noch großzügige Millionen deutscher Goldmark für die Bolschewiki mitbrachte, gehört in den Bereich der Verschwörungstheorien, zumal es insgesamt über 400 russische Emigranten ganz unterschiedlicher politischer Ausrichtung waren, denen im Laufe des Jahres 1917 über Deutschland die Rückkehr ermöglicht wurde. Nichtsdestotrotz war sich Lenin bewusst, dass die Begleitumstände von seinen Gegnern aufgebauscht und gegen ihn verwendet werden würden – was bis heute zutrifft.

Bereits am 17. April sprach Lenin vor dem Petrograder Sowjet und forderte den Sturz der Provisorischen Regierung und den Übergang

der demokratischen, bürgerlichen Revolution in die sozialistische der Arbeiter und Bauern. Die Parole „Alle Macht den Sowjets!“ wurde propagiert, somit die Republik der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Als Maßnahmen stellte Lenin die Verstaatlichung der Banken, die Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter, die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Landverteilung an die Bauern sowie die Beendigung des Krieges auf die Agenda. Für die eigene Partei bedeutete dies, dass man eine bolschewistische Mehrheit in den Sowjets erringen und sich auf den bewaffneten Aufstand vorbereiten musste. Die Ausführungen Lenins gingen in schriftlicher Form vom 20. April als „Aprilthesen“ in die Geschichte ein. Die bolschewistische Losung: „Frieden! Brot! Land!“, ergriff tatsächlich die Massen, da die Provisorische Regierung zwar allerlei Versprechungen (z.B. Landreform) machte und demokratische Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung in Aussicht stellte, aber in der Realität weder die militärischen noch die sozialen Probleme in den Griff bekam.

In aller Folgerichtigkeit gab es ab Mai vermehrt Streiks, Demonstrationen, Fabrikbesetzungen sowie Desertationen in der Armee. Die SDAPR (B) verfügte über mehr als 200.000 Mitglieder und die bolschewistische Arbeitermiliz der Roten Garde erhielt regen Zulauf. Am I. Allrussischen Sowjetkongress Anfang Juni betonte Lenin die offensive Haltung der Bolschewiki, die jedoch noch in der Minderheit waren. Nach dem Scheitern der Kerenski-Offensive unternahm die Rote Garde im Juli einen Aufstandsversuch in Petrograd, der von den Regierungstruppen niedergeschlagen wurde. Als Folge wurden zahlreiche Bolschewiki verhaftet, Lenin, der fürderhin eine gewissenhafte Vorbereitung des bewaffneten Aufstands verfolgte, floh nach Finnland.

Anfang September versuchte General Kornilow einen konterrevolutionären Putsch, der kläglich scheiterte. Im Zuge dessen musste die schwache Regierung jedoch die Rote Garde sowie bolschewistische Soldaten und Matrosen zur Unterstützung rufen, wodurch die Kräfteverhältnisse abermals in Bewegung gerieten. In den Sowjets von Petrograd (90%) und Moskau (60%) errangen die Bolschewiki nun jeweils eine massive Mehrheit, ebenso in einigen weiteren Städten. Mit-

te September hielt Lenin die Zeit für den bewaffneten revolutionären Aufstand für gekommen, was im Zentralkomitee der SDAPR (B) jedoch, gelinde gesagt, nicht unumstritten war.

Doch Lenin, der wieder aus Finnland zurückkehrte, gelang es auf zwei ZK-Sitzungen am 22. und 28. Oktober, eine deutliche Mehrheit für den Aufstand und die sozialistische Revolution zu gewinnen. Lediglich Sinowjew und Lew Kamenew stimmten dagegen. In das Militärisch-Revolutionäre Zentrum der Partei wurden Bubnow, Derschinski, Stalin, Swerdlow und Urizki gewählt. Auch Trotzki, der im August in die SDAPR (B) aufgenommen worden war, kam als Vorsitzendem des Petrograder Sowjets eine bedeutende Rolle zu. Die Provisorische Regierung spielte den Vorbereitungen in die Hände, indem sie den II. Allrussischen Sowjetkongress auf 7. November verschob.

In der ersten Novemberwoche organisierten die Bolschewiki ihre militärischen Kräfte in der russischen Hauptstadt, die neben der Roten Garde aus bolschewistischen Soldaten der Petrograder Garnison, Matrosen der Kronstädter Marine und Arbeiterkomitees bestanden. Am 6. November wurden von ihnen bereits wichtige strategische Positionen in der Stadt besetzt. Als Kerenski bemerkte, dass er im Begriff stand, die Kontrolle über Petrograd zu verlieren, setzte er sich ab. Währenddessen verkündete Lenin auf einer Sitzung des Petrograder Sowjets im Smolny-Institut, dass die Provisorische Regierung gestürzt sei und die sozialistische Revolution begonnen habe. In der Nacht auf den 7. November markierte ein Blindschuss des Kreuzers „Aurora“ auf das Winterpalais, wo sich die Reste der Regierung befanden, den Beginn des bewaffneten Aufstandes. Die Revolutionäre nahmen daraufhin bei geringem Widerstand das Winterpalais ein (gewiss weniger stürmisch, als es John Reed schilderte) und – schickten die abgesetzten Minister nach Hause. Damit hatte die Revolution in Petrograd militärisch gesiegt, während in Moskau noch länger gekämpft wurde. Die Frage der politischen Macht bedurfte jedoch noch einer Klärung.

Am späten Abend des 7. November begann der II. Allrussische Sowjetkongress. Die Bolschewiki verfügten über die weitaus größte Gruppe von 390 Delegierten. Durch eine Spaltung der Sozialrevolutionäre

sowie den Auszug der rechten Sozialrevolutionäre und der meisten Menschewiki gestalteten sich die Verhältnisse rasch umso klarer: Man beschloss den Übergang der Macht von der Provisorischen Regierung zu den Sowjets. Kamenew wurde zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees gewählt. Lenin wandte sich an den Kongress und stellte die Dekrete über den Frieden sowie über Land und Boden vor, die beide angenommen wurden. Es war bereits der Morgen des 8. November angebrochen, als der Kongress die Einrichtung eines Rates der Volkskommissare beschloss, der unter Lenins Vorsitz als revolutionäre Regierung dienen sollte. Die damit einhergehende Errichtung der Russischen Sowjetrepublik bedeutete die Schaffung des ersten sozialistischen Staates der Menschheitsgeschichte.

Die siegreiche Oktoberrevolution hatte freilich mit Gegenwind konterrevolutionärer Kräfte zu kämpfen. Die Aufstellung der Roten Armee befähigte sie jedoch, sich gegen weißgardistische Truppen und imperialistische Interventionen erfolgreich zu verteidigen. Im Kerngebiet endete der Bürgerkrieg bereits 1920 mit der Einnahme der Krim, im Kaukasus 1921, schließlich aber endgültig mit der Befreiung Wladiwostoks 1922. Die Zeit des fortgesetzten Bürgerkrieges und des „Kriegskommunismus“ verlangte der jungen Sowjetrepublik jedoch einiges ab und forderte zahlreiche Opfer.

Auch Lenin selbst war betroffen: Am 30. August 1918 wurde er bei einem Schussattentat schwer verletzt, wovon er sich nie mehr vollständig erholen sollte. Am 25. Mai 1922 erlitt Lenin einen schweren Schlaganfall, zwei weitere sollten folgen. Bevor er am 21. Januar 1924 im Alter von erst 53 Jahren starb, nahm er jedoch noch erheblichen Einfluss auf die Revolution, die Partei und die internationale Arbeiterbewegung.

Anfang März 1919 wurde in Moskau auf Lenins Initiative die III., die Kommunistische Internationale gegründet. Ihr schlossen sich die neuen kommunistischen Parteien der Welt an, die sich in aller Folgerichtigkeit und notwendiger Weise von der reformistischen, opportunistischen und gegenrevolutionären Sozialdemokratie abgrenzten. Lenin eröffnete den Gründungskongress persönlich und hatte bei

wichtigen Beschlüssen seine Feder im Spiel. Die SDAPR (B) selbst war bereits im März 1918 auf Lenins Veranlassung umbenannt worden in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki), KPR (B) – ab Dezember 1925 lautete die offizielle Bezeichnung Kommunistische Allunionspartei (WKP), ab Oktober 1952 schließlich Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU).

Mit 30. Dezember 1922 wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet, der föderative Zusammenschluss der einzelnen Sowjetrepubliken auf dem zuvor „russischen“ Staatsgebiet. Damit gelang es, eine konstitutionelle Grundlage für den Aufbau des Sozialismus im größten Land der Erde zu schaffen. Die „Neue ökonomische Politik“ sollte die wirtschaftliche Grundlage für den Aufbau des Sozialismus optimieren.

In den verbleibenden knapp 13 Lebensmonaten, in denen Lenin an der Regierungsspitze der UdSSR stand, war er gesundheitlich bereits schwer gezeichnet. Als er am 24. Januar 1924 verstarb, wurde der Leichnam von Wyschnie Gorki, wohin sich der schwerkranke Lenin zurückgezogen hatte, nach Moskau überführt, wo ihm Millionen Menschen die letzte Ehre erwiesen. Am 27. Januar wurde der einbalsamierte Körper in ein temporäres hölzernes Mausoleum am Roten Platz vor der Kremlmauer gebracht, das 1933 durch das bekannte rote Bauwerk ersetzt wurde, das ein wenig an eine Stufenpyramide erinnert. Der gläserne Sarkophag wird bis heute von zahlreichen Menschen mit würdigem Respekt aufgesucht – selbst die Konterrevolution von 1989-1991 konnte daran nichts ändern. Bereits unmittelbar nach Lenins Tod, am 26. Januar 1924, wurde ihm zu Ehren Petrograd in Leningrad umbenannt. Der Sterbeort heißt seither Gorki Leninskije. Lenins Geburtsort Simbirsk erhielt bald darauf den Namen Uljanow-sk, wie bereits eingangs erwähnt.

Doch von Lenin bleiben nicht vorrangig die körperliche Hülle, die im Moskauer Mausoleum ruht, oder ehemalige und gegenwärtige Ortsbezeichnungen: Lenin war die Führungspersönlichkeit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution und des ersten sozialistischen Staates der Geschich-

te (gewiss, er hatte nicht nur einen Koch, sondern hunderttausende revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen dabei). Dass dies nicht nur symbolische Bedeutung impliziert, sondern auch theoretische, strategische und praktische, davon zeugen Lenins Wirken und Werk. Lenin war einer der entschiedensten Verteidiger des Marxismus, als sich in der alten Sozialdemokratie Revisionismus und Opportunismus breitmachten. Er blieb auf der revolutionären Linie, als die europäische Sozialdemokratie angesichts des Weltkrieges kapitulierte oder gar die Seiten wechselte. Er entwickelte die Prinzipien zum Aufbau der revolutionären Partei neuen Typs sowie jene des demokratischen Zentralismus, ohne den keine ernsthafte kommunistische Partei bestehen kann. Er veranlasste die Schaffung einer kommunistischen Weltbewegung und die Bolschewisierung ihrer Mitgliedsparteien. Er gab uns wertvolle Hinweise zur revolutionären Strategie und Taktik sowie zur Bündnispolitik der Arbeiterklasse. Er schenkte uns mit seiner Imperialismustheorie ein unerlässliches Werkzeug zum Verstehen des immer noch gegenwärtigen Monopolkapitalismus.

Für die Kommunistinnen und Kommunisten hat es daher substantielle Bedeutung, sich zum vollständigen Marxismus-Leninismus zu bekennen und diesen anzuwenden. Die Welt zu verstehen, die Arbeiterklasse aufzuklären, mit revolutionärem Bewusstsein auszustatten und zu organisieren, ihre Partei aufzubauen, den Klassenkampf zu führen und die sozialistische Revolution zu verwirklichen, sind ohne Lenin unmöglich. Freilich, man kann es mit der Würdigung von Einzelpersonen auch übertreiben und Lenin war wohl kein Freund einer solchen Übertreibung, aber der Zug ist in Bezug auf Lenin sowieso längst abgefahren. Die wahre Würdigung besteht ohnedies vielmehr darin, sein Werk fortzusetzen: Der Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei bilden das Vermächtnis und die Waffen, die er uns im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus hinterließ. Die kommunistischen und Arbeiterparteien sind gefordert, sie aufzugreifen, die Arbeiterklasse und die Völker damit auszustatten und diese zum endgültigen Sieg zu führen.

Klimakrise und Klimapolitik – too little & too late?

Von Matthias Koderhold

Die Ausgangslage ist klar: Wenn auch bei weitem nicht die einzige Umweltkrise, stellt der Klimawandel, besser gesagt die Klimakrise oder der drohende Klimaumbruch eine existenzielle Bedrohung für Mensch und Natur im Allgemeinen dar. Seit dem zweiten IPCC Report 1995 herrscht wissenschaftlicher Konsens über die vom Menschen verursachte globale Erwärmung. Der Zusammenhang zwischen CO₂-Emissionen und Temperaturentwicklung ist freilich schon länger bekannt. So warnte beispielsweise der leitende Wissenschaftler von Exxon die Geschäftsführung bereits 1977 vor einem neuen Super-Interglazial, einer Superwarmzeit, in Folge der Nutzung fossiler Brennstoffe (Rahmstorf 2019). Schon 1982 lagen Exxon konkrete qualitative Prognosen vor. Die Geschäftsführung hat sich allerdings entschieden, die Studien intern zu halten und in der breiten Öffentlichkeit das Gegenteil zu verbreiten, etwa dass sich die Wissenschaft über den Zusammenhang unsicher und das meiste CO₂ natürlichen Ursprungs ist.

Es stellt sich jedoch zunehmend heraus, dass die Realität die Prognosen überholt. Die Auswirkungen der Treibhausgaskonzentration auf den Klimawandel dürften bisher also zu konservativ geschätzt bzw. drastisch unterschätzt worden sein: Beispielsweise wurde das Auftauen des Permafrosts im Sommer 2019 erst im Sommer 2090 erwartet (Charisius 2019) und die Schmelze des Arktiseises erreichte 2019 ein Ausmaß, das selbst im pessimistischsten Klimamodell erst für 2070 prognostiziert worden wäre (McFall-Johnsen 2019). Das spiegelt sich auch in den ersten Ergebnissen einer neuen Generation globaler Klimamodelle wider. Das Klimasystem der Erde dürfte viel anfälliger auf globale Treibhausgasemissionen reagieren als bisher angenommen, was sich auch auf Prognosen und Annahmen der nächsten Absätze

auswirken wird. Das bedeutet geringere Treibhausgasbudgets für die Erreichung der Klimaziele und damit weniger Zeit für die Dekarbonisierung unserer Produktions- und Lebensweise sowie eine höhere Erwärmung als bisher prognostiziert und eine höhere Wahrscheinlichkeit, Kipp-Punkte zu überschreiten (Belcher und Boucher 2019).

Ausdrücklich formuliertes Ziel des Pariser Klimaabkommen ist, die globale Erwärmung auf deutlich unter $+2^{\circ}\text{C}$ zu beschränken, nach Möglichkeit auf höchstens $+1,5^{\circ}\text{C}$. Die zugrundeliegenden Annahmen hierfür sind zunächst, dass, trotz hoher Unsicherheit über Temperaturverläufe und die dazugehörigen Auswirkungen, die Schäden und größten Gefahren durch den Klimawandel noch bewältigbar bleiben. Zweitens, dass die globalen Treibhausgasbudgets in 66% der untersuchten Szenarien mit den Klimazielen übereinstimmen. Und weiters, dass keine Kipp-Punkte überschritten werden. Doch auch schon bei $+2^{\circ}\text{C}$ sind irreversible Auswirkungen zu erwarten bzw. gelten praktisch als sicher und Kipp-Punkte können nicht ausgeschlossen werden. So werden bei $+2^{\circ}\text{C}$ globaler Durchschnittstemperatur mehr als 99% der Korallenriffe zerstört sein, bei $+1,5^{\circ}\text{C}$ bleiben 10 bis 30% erhalten (Umweltbundesamt 2019, S. 23). Bei $+2^{\circ}\text{C}$ könnte aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels langfristig eine Landmasse dauerhaft überschwemmt sein, die aktuell von 280 Millionen Menschen bewohnt wird (Umweltbundesamt 2019, S. 21).

Die Folgen des Klimawandels sind direkt vom Grad der Erwärmung abhängig. Die globalen Umweltauswirkungen reichen von der Zunahme von Extremereignissen (Hitzewellen, Starkregen, Stürmen) über das Auftauen der Eisflächen, den Anstieg des Meeresspiegels, die Veränderung von Meeres- und Landökosystemen und Ernteausfällen (ab ca. 2030 zunehmender globaler Nettoverlust an Ernteerträgen) bis hin zu Kipp-Punkten. Zu den daraus resultierenden Folgen zählen zunehmend Hunger, verschiedene Formen von Konflikten und Migrationsbewegungen. Seit 2008 wurden durchschnittlich 21,8 Mio. Menschen durch wetterbezogene Katastrophen (Unwetter, Überflutungen, Dürre, Erdbeben) vertrieben, 2016 waren es weltweit rund 23,5 Mio. Menschen (Umweltbundesamt 2019, S. 21). Die Weltbank geht bis 2050 von einer klimabedingten Migration im Ausmaß von 140 Mio. Men-

schen aus, 86 Mio. davon aus der Subsahara-Region Afrikas, wenn nicht entschiedene Maßnahmen gegen den Klimawandel umgesetzt werden (Umweltbundesamt 2019, S. 21). Auch Österreich wird mit drastischen Folgen rechnen müssen: doppelter Temperaturanstieg als im globalen Mittel; zunehmende Hitzetage ($\geq 30^{\circ}\text{C}$, v.a. im Osten und Südosten drohen mehr als 96 Hitzetage im Jahr 2085) und Tropennächte ($\geq 20^{\circ}\text{C}$); vermehrtes Auftreten wärmeliebender Schädlinge; Rückgang der Schneedecke und -höhe in niedrigen und mittleren Lagen; Austrocknung der Böden im Sommer und vermehrte Erosion durch Starkregen, inklusive Unterversorgung fast aller landwirtschaftlicher Kulturen; Verringerung der Wasseraufnahme der Böden, die mit dem Rückgang der Gletscher zumindest auf lokaler Ebene zu Versorgungsproblemen mit Trinkwasser führt; Zunahme von Rutschungen, Muren und Steinschlägen sowie Hanginstabilitäten durch auftauenden Permafrost (vgl. Fels- und Bergsturz in Kaprun 2019); steigende Waldbrandgefahr; Verringerte Wasserführung von Gletschern gespeister Flüsse; wetter- und klimabedingte Schäden erhöhen sich von derzeit durchschnittlich einer Mrd. € pro Jahr bei global $+2^{\circ}\text{C}$ (Österreich $+4,5^{\circ}\text{C}$) auf durchschnittlich 4,2 bis 5,2 Mrd. € auf heutigem Preisniveau und steigen bei höheren Temperaturen weiter an; wirtschaftlich werden der Wintertourismus, die Land- und Forstwirtschaft sowie die Stromproduktion über Wasserkraft besonders betroffen sein (Umweltbundesamt 2019, 23ff).

Basierend auf dem Sonderbericht des Weltklimarats (IPCC) über $1,5$ Grad Celsius globale Erwärmung (IPCC 2018) tickt die CO_2 -Uhr des Berliner Forschungsinstituts MCC (MCC 2018). Mit einem jährlichen globalen Ausstoß von 42 Gigatonnen CO_2 -Äquivalenten (CO_2e): v.a. Kohlendioxid, Methan und Lachgas) verblieben Anfang 2020 für das $1,5^{\circ}$ -Ziel ca. 8 Jahre und für das 2° -Ziel 25 Jahre und 10 Monate. Je länger zugewartet wird, die dringend notwendigen entschiedenen Maßnahmen v.a. zum Ausstieg aus fossiler Energie zu setzen, desto drastischer müssten die Einschnitte sein, um die Klimaziele zu erreichen bzw. desto unrealistischer wird es, den Klimaumbruch zu verhindern. Plastisch dargestellt und unter der Annahme, dass der jährliche globale Ausstoß an CO_2 -Äquivalenten bei 42 Gigatonnen verharrt und die Treibhausgasbudgets mit den Klimazielen

übereinstimmen (Wahrscheinlichkeit von 66%) bedeutet das: Warten wir die 8 Jahre ohne Veränderung zu, müssten wir die Treibhausgasemissionen von einem Moment auf den anderen auf maximal 5%–10% des derzeitigen Niveaus reduzieren, d.h. auf ein Netto-Null-Emissionsniveau, das durch aktive Kohlenstoffspeicherung mittels Boden- und Waldbewirtschaftung ökologisch gut verträglich zu binden wäre (Kirchengast 2019, S. 12).¹ Ein Teil des Kohlenstoffdioxids kann zwar innerhalb mehrerer Jahrzehnte durch Aufnahme in den Ozeanen „entschärft“ werden – bei gleichzeitiger Versauerung dieser –, doch 20% bis 35% bleiben noch Jahrtausende in der Atmosphäre wirksam (Schlemm 2019, S. 58).

Eine entscheidende Frage ist, ob die oben angesprochenen Kipp-Punkte überschritten werden. Kipp-Punkte können das globale Klimasystem in einen qualitativ neuen, unumkehrbaren Zustand versetzen und selbstverstärkende Effekte hervorrufen, die ohne weiteren äußerlichen (menschlichen) Einfluss weiterlaufen. Durch schleichende oder sprunghafte Entwicklungen verändern sie schließlich die Funktionsweise des Erdsystems derart, dass sie mit ihr auch die menschlichen Lebensgrundlagen selbst gefährden. Die ohne schnelle und entscheidende Gegenmaßnahmen bis Ende des Jahrhunderts befürchtete Erderwärmung um +3°C bis +4°C wird so nicht eintreten, da die davor überschrittenen Kipp-Punkte für eine zusätzliche Erhitzung sorgen. Permafrostböden speichern beispielsweise riesige Mengen Methan, deren Auftauen das Klima weiter aufheizt. Durch Abschmelzen der Eisflächen verringert sich die Rückstrahlquote der Erde (Albedo Effekt), dunkle (Wasser)Oberflächen nehmen mehr Sonnenstrahlung auf und unser Planet erhitzt sich weiter. Auch die Verlangsamung des Jet-Streams, die Abschwächung des Golfstroms und die Versteppung v.a. des Amazonas Regenwaldes durch Brandrodungen und in Folge veränderter Niederschlagsmuster zählen zu den Kippelementen (www.pik-potsdam.de). Ab ungefähr +4°C nimmt die Wolkenbildung ab und sorgt, infolge geringer Reflexion der Sonnenstrahlung, über die Erwärmung der Ozeane zu einem durch Wasserdampf verstärkten Treibhausgaseneffekt. Das drohende Verschwinden der niedrigen Wolken ab einer CO₂e-Konzentration von ca. 1.200 ppm, die der Summe aus gegenwärtiger Treibhausgaskonzentration und vermuteten Met-

haneinlagerungen im Permafrost entsprechen, hätte eine zusätzliche Erwärmung von +8°C auf +12°C zur Folge (Wolchover 2019).

Das Szenario klingt nach Endzeitstimmung, aber entscheidend ist, dass eine Begrenzung der Erwärmung auf +1,5°C physikalisch noch möglich ist. Notwendig dafür ist jedoch ein sofortiges wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches Umdenken, das vor allem den notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern unmittelbar und konsequent angeht! Andernfalls sieht es auch düster für künftige progressive Gesellschaftsmodelle aus. Ein Sozialismus auf verbrannter Erde wird das Reich der Notwendigkeit verschärfen. Die Hoffnungen auf Überflussbedingungen für spätere kommunistische Verhältnisse werden sich als weitgehend zerstört erweisen. Annette Schlemm formulierte diesbezüglich eine entscheidende Frage: „Was bringt es mit sich, wenn es für lange Zeit nicht mehr um ein besseres Leben, sondern um das Überleben in extrem instabilen Bedingungen geht?“ (Schlemm 2019, S. 64)

Betroffene und Verursacher

Der Klimawandel wird bestehende Risiken verstärken und hat das Potenzial einer existenziellen Bedrohung für Mensch und Natur im Allgemeinen. Die Betroffenheit wird sich nach Ausmaß und Zeitpunkt regional jedoch unterscheiden (Oxfam Media Briefing 2015, S. 5). Innerhalb einzelner Länder oder Regionen werden Menschen abhängig vom Wohnort, Alter, Gesundheitszustand und Beruf unterschiedlich betroffen sein. Die Anpassungsmöglichkeiten auf den Klimawandel werden sehr heterogen verteilt sein – abhängig vom Entwicklungsstand und der Wertschöpfung eines Landes bzw. einer Region sowie von der individuellen Klassenzugehörigkeit, Einkommens- und Vermögenssituation innerhalb unterschiedlicher Regionen. Der UN-Menschenrechtsexperte Philip Alston spricht in diesem Zusammenhang von Klimaapartheid. Die Reichen zahlen, um Überhitzung, Hunger und klimabedingten Konflikten zu entkommen, während der Rest der Welt leidet. Zuerst werden jene Menschen leiden, die an der Verursachung der Klimakrise keinen oder kaum Anteil haben (UN News). Der globale Süden wird besonders stark von Unwettern, Über-

flutungen, Dürren oder Erdrutschen betroffen sein. Die ärmsten 50% der Menschheit werden die Hauptlast tragen, obwohl sie nur 10% der Treibhausgase aus individuellem Konsum verursachen. Treibhausgase aus individuellem Konsum stellen 64% der globalen Emissionen dar (Oxfam Media Briefing 2015, S. 3).²

Die Frage der Klimakrise und ihrer Lösung ist auch eine der Klimagerechtigkeit also eine Verteilungsfrage. Klimagerechtigkeit macht darauf aufmerksam, „dass nicht zuerst wir als jene Menschen, in deren Wirtschaftssystem die Ursachen für die Misere stecken, unter den Folgen leiden“ (Schlemm 2019, S. 63). Der Begriff der Klimagerechtigkeit dreht sich allerdings nicht nur um die oben genannten Auswirkungen sondern ist auch hinsichtlich des Anteils an den historischen Treibhausgasemissionen sowie dem Anteil am verbleibenden Treibhausgasbudget relevant, von dem die Entwicklungsmöglichkeiten von Regionen sowie der Lebensstandard von Menschen v.a. im globalen Süden abhängig sind. Wie sich anhand der Schwellenländer deutlich zeigt, ist der ökonomische Aufholprozess, unter gegebenen technologischen Möglichkeiten, mit hohen und schnell wachsenden Emissionen verbunden. Werden die produktionsbasierten CO₂-Emissionen nach Ländern verglichen, hatte China 2017 mit 27% den mit Abstand höchsten Anteil. Dahinter reihten sich die USA mit 15% und die EU-28 mit 10% ein. Werden jedoch die Anteile an den kumulierten CO₂-Emissionen 1751 bis 2017 betrachtet, zeigte sich ein anderes Bild: Die USA liegen hier mit 25% vor den EU-28-Staaten mit 22% und China mit 13% (Vgl. Abbildung 1). Dieser Vergleich trägt zwar nicht zur Lösung der Klimakrise bei, macht aber deutlich, dass der ökonomische Entwicklungsstand eng mit den kumulierten produktionsbasierten CO₂-Emissionen verbunden ist und die Aufteilung des verbleibenden Treibhausgasbudgets auch entwicklungspolitisch gesehen werden muss.

Die absoluten produktionsbasierten CO₂-Emissionen stellen zwar plakativ die größten Kohlendioxidemittenten nach Staaten dar, vernachlässigen mit der Bevölkerungsgröße jedoch eine wesentliche Komponente. Vor allem wenn wir die Klimakrise auch als Verteilungsfrage verstehen wollen, sollten die produktionsbasierten Emis-

sionen, als erster Schritt, pro Kopf verglichen werden. Hier ergeben sich bereits wesentliche Umschichtungen unter den größten Verursachern. 2012 lagen die weltweit CO₂e-Emissionen (v.a. Kohlendioxid, Methan und Lachgas) bei durchschnittlich 6,2 Tonnen pro Person. Die zu erreichenden, ökologisch verträglichen CO₂e-Emissionen (Netto-Null-Emissionen) würden nach Chancel und Piketty bei ca. 1,3 Tonnen pro Kopf liegen (Chancel und Piketty 2015). Beim Regionenvergleich tritt hier die globale Verteilungsfrage schon deutlicher hervor. Nordamerika lag 2012 mit einem produktionsbasierten CO₂e-Emissionsniveau von 20 Tonnen/Kopf an der Spitze, gefolgt von Russland/Zentralasien mit 10 Tonnen/Kopf, Westeuropa mit 9 Tonnen/Kopf, China/Mittlerer Osten mit 8 Tonnen/Kopf, Süd-Amerika mit 5,2 Tonnen/Kopf und Afrika mit 2,4 Tonnen/Kopf.

Dass globaler Kapitalismus und Klimakrise Hand in Hand gehen, zeigt der Länder- bzw. Regionenvergleich zwischen produktions- und konsumbasierten CO₂e-Emissionen pro Kopf, die eng mit dem Transfer im globalen Süden geschaffener Werte in die kapitalistischen Zentren verknüpft sind. Rohstoffe, Vorprodukte niedriger Verarbeitungsstufen sowie Konsumgüter werden im globalen Süden oft unter besonders umwelt- und gesundheitsschädlichen Bedingungen gefördert und produziert. Die Verlagerung von arbeitsintensiven und schmutzigen Industrien aus den kapitalistischen Zentren während der letzten Jahrzehnte spielt hier eine wesentliche Rolle. Die Jagd nach möglichst geringen Sozial- sowie Umweltstandards und somit höherem Profit hat nicht nur die Kassen der Konzerne gefüllt. Produktionsbasierte CO₂e-Emissionen werden damit ebenfalls in andere Regionen verlagert. Die ökologische Bilanz nationaler und v.a. internationaler Warenströme, die einen wesentlichen Bestandteil der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors ausmachen und oft nur kleinteilige Arbeitsschritte beinhalten, stellt sich hier besonders katastrophal dar. Der globale Transportsektor war 2016 für über 24% der Emissionen aus Verbrennung fossiler Energieträgern verantwortlich (IEA 2019). Chancel und Piketty berechneten die konsumbasierten CO₂e-Emissionen pro Kopf sowie die Veränderung zu den produktionsbasierten CO₂e-Emissionen pro Kopf für 2013 (Chancel und Piketty 2015): In Nordamerika stiegen die CO₂e-Emissionen pro Kopf auf 22,5 Tonnen (+13%),

in Westeuropa auf 13,1 Tonnen (+4%). In Österreich lagen die konsumbezogenen CO₂e-Emissionen, die direkt oder indirekt bei der Bereitstellung von Produkten entstehen, zwischen 1997 und 2013 pro Kopf um 50% bis 60% über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen (Giljum 2018). Im Gegensatz dazu verringerten sich die Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen im Mittlerer Osten auf 7,4 Tonnen (–8%), in China auf 6,0 Tonnen (–25%), in Latein-Amerika auf 4,4 Tonnen (–15%), in Süd-Asien auf 2,2 Tonnen (–8%) und in Afrika 1,9 Tonnen (–21%).

Wie Oxfam haben auch Chancel und Piketty (Chancel und Piketty 2015) die konsumbasierten CO₂e-Emissionen mit der Welteinkommensverteilung verknüpft. Sie erweitern in ihrer Analyse die CO₂e-Emissionen aus dem individuellen Konsum (vgl. Oxfam) um staatliche Konsumausgaben und öffentliche Investitionen (z.B. in Infrastruktur), da ersterer nur für 64% der globalen Emissionen verantwortlich zeichnet und letztere im Endeffekt individuellem Konsum dienen. Neben klimatischen Bedingungen, technischen Faktoren (z.B. Energieeffizienz oder Wärmedämmung), dem Energiemix, der Siedlungsstruktur oder Konsummustern ist für Chancel und Piketty das Einkommens- bzw. Konsumniveau hauptverantwortlich für die gesamten, direkten wie indirekten, CO₂e-Emissionen der Haushalte. Die Verteilung der so zugerechneten Treibhausgasemissionen entspricht jener von Oxfam im Wesentlichen. Die Top 10% der Welteinkommensverteilung verursachen demnach 45% der CO₂e-Emissionen, die mittleren 40% emittieren 42% und die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung nur 13% der Treibhausgasemissionen. Während sich 2013 die durchschnittlichen Treibhausgasemissionen pro Kopf weltweit auf 6,2 Tonnen beliefen, emittierten beispielsweise die Top 1% der USA (3,2 Mio. Menschen) mit durchschnittlich 318,3 Tonnen mehr als das 51fache des globalen Pro-Kopf-Durchschnitts. 82% davon waren indirekte Emissionen, die in Produktion und Bereitstellung entstanden. Dass die reichsten der Welt die größten Klimasünder sind, ist soweit wenig überraschend und gern zitiert. Oft vernachlässigt wird jedoch, dass sich die globalen Treibhausgasemissionen mit durchschnittlich 6,2 Tonnen pro Kopf um das ca. fünffache über einem nachhaltigen Netto-Null-Emissionsniveau befinden (bei Chan-

cel und Piketty 1,3 Tonnen). Eine reine Reduktion bei den Reichsten der Welt, wird daher bei Weitem nicht ausreichen. Weiters bleibt oft unbeachtet, dass sich sämtliche Haushalte in den kapitalistischen Zentren in der oberen Hälfte, vorwiegend im obersten Viertel der Welteinkommensverteilung befinden (Lakner und Milanovic 2013, S. 35). Dementsprechend sind im globalen Norden die konsumbasierten CO₂e-Emissionen pro Kopf generell viel zu hoch, um den drohenden Klimaumbruch abzuwenden. So emittierte im Jahr 2013 beispielsweise das 2. Einkommensdezil in Deutschland (mit kaufkraftbereinigt 8.921 € verfügbarem Haushaltseinkommen pro Jahr an der Grenze zu den untersten 20%) mit 7,1 Tonnen konsumbasierten CO₂-Äquivalenten jährlich genauso viel wie Haushalte in China zwischen dem 73. und 77. Einkommensperzentil (mit kaufkraftbereinigt 3.277 € pro Jahr im Bereich zum obersten Viertel der chinesischen Einkommensverteilung) (Chancel und Piketty 2015, S. 30). In beiden Fällen liegen die jährlichen CO₂e-Emissionen um das 5,5fache über den notwendigen Netto-Null-Emissionen.

Treibhausgasemissionen in Österreich

Produktionsbasiert emittierte Österreich 2017 82,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente (Umweltbundesamt 2019, S. 58). Der Bereich Energie und Industrie war mit 44,9% der bedeutendste Sektor, danach folgte der Verkehr mit 28,8%, dann die Sektoren Gebäude (10,1%), Landwirtschaft (10,0%) sowie Abfallwirtschaft (3,5%) und fluoridierte Gase (2,6%). Nicht enthalten in den produktionsbasierten Treibhausgasemissionen ist der internationale Flugverkehr, der mit zusätzlichen 2,3 Mio. Tonnen eine Größenordnung ähnlich der Abfallwirtschaft erreichte. Im Vergleich zu 1990 erhöhten sich die produktionsbasierten CO₂e-Emissionen um +4,6%.

Im Sektor Energie und Industrie stiegen die Emissionen gegenüber 1990 um +1%. Durch die Substitution von Kohle- und Ölkraftwerken durch Gaskraftwerke, einen gestiegenen Anteil der Erneuerbaren, aber auch durch gestiegenen Stromimport (2017: 9%) konnten die produktionsbasierten Emissionen im Bereich der Kraft- und Fernwärmewerke im Vergleich zu 1990 um -37% verringert werden. Gegenüber 2016

ergab sich durch steigende Stromerzeugung aus Gaskraftwerken jedoch wieder ein Emissionsanstieg um +11,9%. Das Beispiel des Stromimports zeigt schön, wie produktionsbasierte Emissionen verlagert werden können, in diesem Fall auf Kohle- und Atomkraftwerke in Deutschland und Tschechien. Die in den Emissionshandel fallende produzierende Industrie weist gegenüber 1990 mit +19% eine starke Steigerung der CO₂e-Emissionen auf.

Eines der größten Problemkinder der österreichischen Treibhausgasemissionen bleibt der Sektor Verkehr. Hier nahmen die Emissionen gegenüber 1990 um +71,8% zu. Der Straßenverkehr verursacht rund 99% der österreichischen Verkehrsemissionen. Mit 61% haben PKWs den größten Anteil an den Emissionen im Straßenverkehr, gefolgt von LKWs mit 29% und leichten Nutzfahrzeugen mit 7%, Bussen mit 2% sowie Mopeds/Motorräder mit 1%. Nochmals sei hier darauf hingewiesen, dass der internationale Flugverkehr in der Sektorzurechnung nicht enthalten ist und die Einbeziehung 2017 mit 2,3 Mio. Tonnen eine Steigerung der Verkehrsemissionen um +10% bedeuten würde. Gegenüber 1990 haben sich die Emissionen im internationalen Flugverkehr um ca. das 2,5fache mehr als verdoppelt.

Im Sektor Gebäude sind die Emissionen gegenüber 1990 unter anderem in Folge thermischer Sanierung, steigendem Anteil erneuerbarer Energien, Erneuerungen von Heizungsanlagen und verstärktem Fernwärmebezug um –35,1% zurückgegangen. Gleichzeitig wirken die steigende Anzahl der Wohnsitze sowie steigende Wohnnutzflächen den Emissionsminderungen entgegen. Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Bereich mildere Winter. Dennoch ist in diesem Sektor das dritte Jahr in Folge eine leichte Steigerung der Treibhausgasemissionen zu beobachten.

Die Emissionsreduktionen im Sektor Landwirtschaft erbeben sich im Wesentlichen aus einer Verringerung des Viehbestandes zwischen 1995 und 2005. In der Abfallwirtschaft wirkte das Ablagerungsverbot von unbehandelten Abfällen mit hohen organischen Anteilen reduzierend, während die Emissionen aus der Abfallverbrennung stiegen. Der verstärkte Einsatz fluorierter Kohlenwasser-

stoffe als Kälte- und Kühlmittel erhöhte die Emissionen im Sektor der fluorierten Gase.

Kurz zusammengefasst sind Klimapolitik und Emissionsreduktionen in Österreich bisher kaum bzw. besser gesagt nicht existent. Gegenüber 1990 haben sich die Treibhausgasemissionen erhöht, lediglich gegenüber dem Referenzwert von 2005 befinden sie sich auf niedrigerem Niveau. Darin spiegelt sich allerdings der Rückgang der Emissionen in Folge der großen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung der Folgejahre wider. Wir sind also auch in Österreich nicht einmal ansatzweise auf einem CO₂e-Reduktionspfad, geschweige denn auf dem notwendigen, der den Klimaumbbruch verhindern soll. Für den notwendigen Reduktionspfad der produktionsbasierten Treibhausgasemissionen in Österreich, um die Chance eines Erreichens des 1,5°C-Ziels aufrecht zu erhalten, ist entscheidend, dass in allen Sektoren drastisch reduziert werden muss und es nicht die eine oder andere große Lösung gibt, während andere Bereiche den Status Quo aufrechterhalten. Kein Sektor kann von einem drastischen Reduktionspfad ausgenommen werden. Bis 2030 müssen die CO₂e-Emissionen in großen und schnellen Schritten halbiert werden. Das von der EU vorgegebene Reduktionsziel um –36% gegenüber 2005 reicht bei Weitem nicht aus, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Spätestens 2045 muss Österreich ein Netto-Null-Emissionsniveau erreichen, d.h. ein Emissionsniveau, das ökologisch gut verträglich gebunden werden kann. Dazu dürfen die produktionsbasierten Emissionen maximal 5% bis 10% des derzeitigen Niveaus betragen.

Konsumbasiert müssen ÖsterreicherInnen ihre CO₂e-Emissionen von durchschnittlich ca. 13 bis 15 Tonnen pro Jahr und Kopf auf ca. 1 bis 1,5 Tonnen reduzieren, um Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Die Emissionsniveaus sind auch in der österreichischen Bevölkerung sehr heterogen verteilt und hauptsächlich vom Einkommensniveau und dem damit korrelierenden Konsumverhalten abhängig. Die Hälfte der konsumbasierten Emissionen entspringt aus dem Bereich öffentlicher Infrastruktur und kann individuell kaum gesteuert werden, trägt aber wesentlich zum Lebensstandard bei. Auch bei der anderen Hälfte hängt viel von strukturellen Rahmenbedingungen ab, einiges ist

aber wesentlich vom persönlichen Konsumverhalten geprägt. So werden durchschnittlich 2,8 Tonnen im Bereich Mobilität emittiert, 2,2 Tonnen im Bereich Ernährung und 1,4 Tonnen im Bereich Wohnen, Konsumgüter und Freizeitgestaltung. In all diesen Bereichen streuen die Emissionen stark mit den Haushaltseinkommen. Im Bereich Mobilität sind v.a. Flugreisen relevant für die individuellen Unterschiede. Ein einziger Hin- und Rückflug nach Havanna verursacht beispielsweise 2,9 Tonnen CO₂, 10.000 km mit dem Dieselauto bei 5 Liter Verbrauch 2,4 Tonnen CO₂. Im Bereich der Ernährung hängt viel von Fleischkonsum bzw. dessen Häufigkeit ab, im Wohnbereich ist beispielsweise die Wohnfläche ausschlaggebend. Die Verhinderung des Klimaumbruchs wird also unvereinbar sein mit massenhaftem Konsum von rohstoff- und energieintensiven sowie zunehmend kurzlebigen Konsumgütern, mit ökologisch desaströsem Reiseverhalten oder der bloßen Auslagerung von umweltschädlicher, insbesondere klimaschädlicher Produktion, die zumeist auch gesundheitsschädlich ist und unter miserablen Arbeitsbedingungen ohne sozialer- und arbeitsrechtlicher Absicherung vonstattengeht.

Wie weiter?

Ein Warten auf den großen technologischen Schub, der die Problematik der Treibhausgasemissionen beseitigt, kann keine Lösung sein, da alternative Technologien in vielen Bereichen nicht existieren, zu wenig ausgereift sind, die Reduktionspotentiale viel zu gering sind oder Emissionen bloß verschoben werden. Selbst wenn entsprechende Technologien vorhanden wären, würden die Innovationszyklen vermutlich zu lange dauern, um ohne andere weitreichende Maßnahmen die Reduktionsziele zu erreichen, um die Treibhausgasbudgets sowie die Erwärmungsziele nicht zu überschreiten und um den Klimawandel über Kipp-Punkte nicht zum Selbstläufer werden zu lassen. Ein weiter wie bisher ist damit ausgeschlossen, will man den Klimaumbruch vermeiden! Daher bleibt letztlich bzw. vorübergehend nur eine drastische Senkung des Energieverbrauchs in allen Bereichen. So ist Elektromobilität und ein Festhalten am Individualverkehr keine Lösung der Emissionsproblematik im Verkehrssektor. Wasserstoff löst das Energieproblem in der Industrie nicht, denn unter den gegebenen technologischen Mög-

lichkeiten würde alleine die Umstellung der österreichischen Stahl- und Zementproduktion nahezu eine Verdoppelung des Strombedarfs bedeuten (Kirchengast 2019, S. 58). Die gegenwärtige Stromaufbringung in Österreich, also die Summe aus inländischer Stromerzeugung und Stromimporten, besteht nur zu 63% aus erneuerbaren Energien, der Anteil der fossilen Energieträger liegt bei 30% und jener aus Kernkraft bei 6% (Umweltbundesamt 2019, S. 13).

Ohne bzw. ohne weitreichende CO₂e-neutrale Technologien ist die notwendige Senkung des Energieverbrauchs gleichbedeutend mit einem entsprechenden Produktionsrückgang in den emittierenden Bereichen bis hin zur Umwandlung oder Abwicklung ganzer Branchen. Bei den verbleibenden Treibhausgasbudgets bedarf es einer weitreichenden und vorausschauenden Prioritätensetzung. Etwa zwischen Investitionen in erneuerbare Energien oder Festhalten an fossilen Energieträgern, zwischen einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder Festhalten an der Automobilproduktion, zwischen Regionalisierung der Wirtschaft oder Festhalten am emissionsintensiven Weltmarkt, usw. Investitionen in klimaschädliche Projekte sind nicht nur hinsichtlich der Klimakrise zu verwerfen sondern auch eine ökonomisch deplatzierte Ressourcenverschwendung. Der mit der Umsetzung von Reduktionspfaden einhergehende strukturelle Wandel muss anhand gesellschaftlicher Notwendigkeiten gestaltet und gesteuert werden sowie soziale Aspekte, etwa Arbeitsplätze oder individuelle Anpassungsmöglichkeiten berücksichtigen. Darüber hinaus müssen die Kosten der Klimapolitik aus den Gewinnen der Konzerne sowie den Vermögen der Reichen finanziert werden und dürfen nicht auf die breite Bevölkerung abgewälzt werden.

Zunächst liegt es auf der Hand, dass eine wesentliche Ursache der Klimakrise tief in der kapitalistischen Logik von Kapitalverwertung, Profitorientierung, Wachstum, Wettbewerb und Konkurrenz verankert ist. Der industrielle Kapitalismus basiert zudem auf der Verbrennung fossiler Energieträger, v.a. von Öl, Gas und Kohle. Dementsprechend erweisen sich die Interessen vor allem jener Konzerne als Verhinderer dringend notwendiger entschiedener Maßnahmen, deren Profite eng mit dem Ausstoß von Treibhausgasen verbunden sind: von den Öl-,

Gas- und Kohleproduzenten, über die Energiekonzerne, die Automobilindustrie, die energieintensiven Industrien (wie etwa Stahl, Zement oder chemische Industrie), den Konzernen aus Luft- und Schifffahrt bis hin zur Agrar- und Tourismusindustrie.

Übersehen werden darf aber nicht, dass Produktion und Konsum nicht voneinander getrennt gedacht werden können. Ohne Produktion kein Konsum und ohne Konsum, zumindest längerfristig, keine Produktion. Schafft die Ware ihren Salto Mortale nicht, schafft sie es nicht als Gebrauchswert anerkannt zu werden oder fehlt ausreichend Kaufkraft, wird sie ihren Tauschwert nicht realisieren. Schafft die Ware ihr letztes Zirkulationsstadium W–G‘ oder im Transportsektor die Verwandlung P–G‘ nicht, ist der Kreislauf des Geldkapitals unterbrochen. Ohne Konsumtion keine Mehrwertrealisation und kein Profit. Konsum und Profit sind im Kapitalismus also untrennbar verbunden: der Kauf eines Autos ist der Profit der Konzerne in der Automobilindustrie, dessen Betrieb der Profit der Mineralölkonzerne, die Flugreise der Profit der Luftfahrtindustrie, usw. Ohne technologische Alternativen bedeutet die Einstellung klimaschädlicher Produktion auch keinen Konsum der entsprechenden Waren, in denen die indirekten Emissionen aus der Produktion enthalten sind. Ohne direkten klimaschädlichen Konsum auch keine Produktion dieser Waren, selbst wenn die Produktion klimaneutral wäre. Man kann das Pferd von vorne oder hinten aufzäumen, letztlich kommt es aufs Gleiche hinaus: Ohne einer drastischen Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise wird das Abwenden des Klimaumbrochs nicht möglich sein. Eine reine Veränderung der Eigentumsverhältnisse wird das Problem ebenso wenig lösen, auch wenn gerne angeführt wird, dass 100 Konzerne für 70,6% der von 1988 bis 2015 kumulierten Emissionen verantwortlich zeichnen (Griffin 2017, S. 14). Einerseits handelt es sich bei diesen Konzernen, ausschließlich um solche, die fossile Energieträger fördern und sich darüber hinaus zum Teil in staatlichem Besitz befinden. Andererseits entstehen nur 10% der Emissionen direkt bei den Konzernen, 90% hingegen produktbezogen, vorwiegend durch Verbrennung der fossilen Energieträger zur Energiegewinnung (Griffin 2017, S. 5). Eine reine Verstaatlichung dieser Konzerne ist gegen die Klimakrise daher wirkungslos, der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist unumgänglich.

Der Lösung der Klimakrise in einem grünen Kapitalismus stehen mit der Kapitalverwertung, der Konkurrenz und dem Wachstumszwang drei dem Kapitalismus immanente Eigenschaften im Wege. Das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist die Kapitalverwertung, der Profit. Der Kreislauf des Geldkapitals muss sich vollenden, am Ende des Produktionsprozesses muss mehr Kapital herauskommen als investiert wurde. Denn der Tauschwert steht im Mittelpunkt des Produktionsprozesses, nicht Gebrauchswert und Bedürfnisbefriedigung. Die kapitalistische Konkurrenz zwingt das Kapital, bei Strafe des Untergangs, zu sich ständig erweiternden Investitionen. Kapitalakkumulation, Kapitalkonzentration und Kapitalzentralisation sind die Folgen eines Wachstumszwangs, von dem im Kapitalismus gesamtwirtschaftlich Einkommen (Gewinne, Löhne und Gehälter), Konsumnachfrage, Beschäftigung und Investitionen abhängen. Im nationalen und globalen Wettbewerb konkurriert das Kapital um Zukunftstechnologien und hemmt damit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Die Ausbeutung von Mensch und Natur ist Wesensmerkmal des Kapitalismus, die Produktion sozial-ökologischer Externalitäten somit systematisch in ihm verankert, jedoch nicht verallgemeinerbar, weil sie mit ihrer Ausdehnung an Grenzen stößt. Eine Internalisierung der Kosten, eine Bepreisung der Natur ohne Lenkungseffekt wäre nichts weiter als eine Ablasszahlung für produktions- und konsumbedingte Umweltschäden, die den Eindruck erwecken soll, dass Natur substituierbar ist. Dabei ist Natur ein komplexes System, und die Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Natur meist nicht in Preisen ausdrückbar. Eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Naturverbrauch ist kaum zu realisieren, eher kommt es zu einer Verlagerung der sozial-ökologischen Kosten, beispielsweise bei der Energiewende. Die Klimakrise stellt in den kapitalistischen Zentren die Verteilungsfrage auf neue Art. Da das Wirtschaftswachstum im industriellen Kapitalismus auf dem Konsum fossiler Energieträger basiert, stellt die Klimakrise mit dem Wirtschaftswachstum auch den Kapitalismus in Frage, denn ohne Verwertung und Akkumulation von Kapital funktioniert dieser nicht. Wird schließlich die, sich mit der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildete, imperiale Lebensweise nicht in Frage gestellt, sondern ihre ökologische Modernisierung versprochen, suggeriert das Normalität des Naturverbrauchs in der vorherrschenden Produktions- und Lebensweise (Brand und Wissen 2017).

Das heißt aber nicht, dass im Kapitalismus nicht um die ökologische Frage gekämpft werden kann und muss, genauso wie um die soziale Frage gekämpft werden muss. Einerseits geht es darum, mit allen Mitteln der Klimakrise Einhalt zu gebieten. Dazu gibt es auch im Kapitalismus Spielräume, die die Treibhausgasemissionen verringern. Auch wenn sie das Problem nicht lösen kann, führt kaum ein Weg an einer CO₂-Steuer vorbei. Sie macht allerdings nur dann Sinn, wenn sie einen weitreichenden Lenkungseffekt aufweist, also Treibhausgasemissionen massiv verringert. Für Menschen ohne kurzfristige Anpassungsmöglichkeiten und entsprechendem Einkommen muss sie allerdings sozial abgefedert werden. Gleichzeitig müssen die nötigen strukturellen Maßnahmen angegangen werden, die einen entschiedenen CO₂e-Reduktionspfad ermöglichen. Auch Einschränkungen und Verbote von klimaschädlicher Produktion und klimaschädlichem Konsum sind in einem regulierten Kapitalismus erreichbar. Aufgrund der geringen verbleibenden Treibhausgasbudgets kann im Kampf gegen den drohenden Klimaumbruch keine Zeit verloren und die Lösung auf einen derzeit eher fernen Sozialismus verschoben werden! Andererseits wird der Kapitalismus bei der Lösung der ökologischen, wie in der sozialen Frage, an seine Grenzen stoßen. Diese gilt es aufzuzeigen, Widersprüche und Alternativen sichtbar zu machen. Es müssen die Eigentumsverhältnisse verändert werden, um nachhaltige Bedürfnisbefriedigung sowie global kollektive Technologieentwicklung und Technologietransfer gegenüber Profitinteressen, Konkurrenz und Wachstumszwang durchzusetzen. Lokale und regionale Produktion muss die Jagd des globalen Kapitalismus nach geringsten Kosten und größtem Profit ersetzen, sowie den emissionsintensiven Handel und Transport auf globaler Ebene drastisch reduzieren. Schließlich muss ein Sozialismusbild entwickelt werden, in dem nachhaltige Bedürfnisbefriedigung im Mittelpunkt steht. Unter gegebenen technologischen Möglichkeiten wird Sozialismus allerdings nur fernab einer, die kapitalistische Lebensweise prolongieren wollenden, Massenkonsumgesellschaft denkbar sein, zumindest wenn er in größerem Ausmaß oder weltweit gedacht wird. Abgesehen davon, dass die Vision eines Konsumsozialismus fragwürdig erscheint.

Anmerkungen

(1) Die Basis sind hier produktionsbasierte THG-Emissionen – dazu weiter unten mehr.

(2) Die restlichen 36% ergeben sich aus Konsumausgaben des Staates, Investitionen (z.B. Infrastruktur) und internationalem Transport.

Literaturverzeichnis

Belcher, Stephen; Boucher, Olivier (2019): Why results from the next generation of climate models matter. Hg. v. CarbonBrief. London. Online verfügbar unter <https://www.carbonbrief.org/guest-post-why-results-from-the-next-generation-of-climate-models-matter?fbclid=IwAR2egEeQzkolko--7TIEia-b1dTCXoIPPRZAXCdZG0rt-FpMSiAk5-DPeYI>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom verlag. Online verfügbar unter http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783960061908.

Chancel, Lucas; Piketty, Thomas (2015): Carbon and inequality: From Kyoto to Paris. Trends in the global inequality of carbon emissions (1998-2013)& prospects for an equitable adaptation fund. World Inequality Lab. Online verfügbar unter <https://wid.world/document/chancel-l-piketty-t-carbon-and-inequality-from-kyoto-to-paris-wid-world-working-paper-2015-7/>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Charisius, Hanno (2019): Wie im Sommer 2090. Hg. v. Süddeutsche Zeitung. München. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wissen/kanada-permafrost-klimawandel-co2-1.4489525>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Giljum, Stefan (2018): Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. CCCA. Graz. Online verfügbar unter https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/FactSheets/21_konsumbasierte_Treibhausgasemissionen.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Griffin, Paul (2017): CDP Carbon Majors Report 2017. Online verfügbar unter <https://b8f65cb373b1b7b15feb-c70d8ead6ced550b4d987d7c03fcdd1d.ssl.cf3.rackcdn.com/cms/reports/documents/000/002/327/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

IEA (2019): CO₂ Emissions from Fuel Combustion 2019. Paris. Online verfügbar unter <https://www.iea.org/reports/co2-emissions-from-fuel-combustion-2019>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

IPCC (2018): Global Warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Intergovernmental Panel for Climate Change. Online verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_Low_Res.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Kirchengast, Gottfried et al. (2019): Ref-NEKP. Referenzplan als Grundlage für einen wissenschaftlich fundierten und mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehenden Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich. Wien: Verlag der ÖAW. Online verfügbar unter https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/03_Aktivitaeten/UniNEtZ_SDG13/RefNEKP/Ref-NEKP_Gesamtband_Nov2019_VerlOeAW.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Lakner, Christoph; Milanovic, Branko (2013): Global Income Distribution. From the Fall of the Berlin Wall to the Great

Recession. The World Bank Development Research Group Poverty and Inequality Team (Policy Research Working Paper, 6719). Online verfügbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/16935/WPS6719.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

MCC (2018): So schnell tickt die CO₂-Uhr. Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Online verfügbar unter <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

McFall-Johnsen, Morgan (2019): Das Eis in Grönland schmilzt so schnell, wie es Forscher für 2070 als Worst Case vorhergesagt haben. Hg. v. Business Insider. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.businessinsider.de/wissenschaft/eis-in-groenland-schmilzt-viel-schneller-als-bislang-vermutet-2019-8/>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Oxfam Media Briefing (2015): Extreme Carbon Inequality. Online verfügbar unter https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Rahmstorf, Stefan (2019): Ein Forscher sagte schon 1977 den Klimawandel voraus - leider arbeitete er bei Exxon. Hg. v. Der Spiegel. Hamburg. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/james-black-sagte-1977-die-klimakrise-voraus-leider-arbeitete-er-bei-exxon-a-1298292.html>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Schlemm, Annette (2019): Klima-Umbruch: Das ändert alles. In: *Marxistische Blätter* (2).

Umweltbundesamt (2019): Klimaschutzbericht 2019. KlimaschutzberichtAnalyse der Treibhausgas-Emissionen bis 2017. Unter Mitarbeit von Roland Zechmeister. Wien. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/>

publikationen/REP0702.pdf, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

UN News: World faces ‘climate apartheid’ risk, 120 more million in poverty: UN expert. Online verfügbar unter <https://news.un.org/en/story/2019/06/1041261>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Wolchover, Natalie (2019): A World Without Clouds. Hg. v. Quanta Magazine. New York. Online verfügbar unter <https://www.quantamagazine.org/cloud-loss-could-add-8-degrees-to-global-warming-20190225/>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

www.pik-potsdam.de: Kippelemente – Achillesfersen im Erdsystem. Hg. v. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Potsdam. Online verfügbar unter <https://www.pik-potsdam.de/services/infothek/kippelemente>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Klimawandel und Klassenkampf

Von Dominik Maier

Der Kapitalismus hat infolge seiner profitgeleiteten Unterjochung von Mensch und Natur das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt auf die politische Tagesordnung gesetzt. Aufgrund der erwartbaren dramatischen gesellschaftlichen Konsequenzen des Klimawandels soll hier dessen Verhältnis zum Klassenkampf des Proletariats beleuchtet werden.

1. Der Klimawandel ist ein Fakt. Der Klimawandel ist als Faktum anzuerkennen, ebenso dass er wesentlich durch den Menschen verursacht ist und dass er auf dem ganzen Planeten Erde massive Veränderungen der Lebensumstände der Menschen mit sich bringen wird, inklusive der Zerstörung der Lebensgrundlagen zahlreicher Menschen. Ein Leugnen dieser Fakten muss von Kommunisten als unwissenschaftlich und irrational gebrandmarkt und es muss aufgezeigt werden, dass diese irrationale Sicht den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes widerspricht und ausschließlich im Dienste bestimmter Kapitalkräfte steht.

2. Der Klimawandel ist kapitalismusergemacht. Die Charakterisierung des Klimawandels als „menschengemacht“ mag korrekt sein, sofern es bei der Ursachenbestimmung nur allgemein um den Unterschied zwischen Mensch und Natur geht. Die Kommunisten sehen diesen Unterschied und sie sehen den Menschen im Allgemeinen, aber sie bleiben nicht dabei stehen: Sie sehen auch das Besondere, welches, um der Wirklichkeit gerecht zu werden, wesentlich entlang historischer Gesellschaftsformationen bestimmt werden muss. Wer nur das Allgemeine sieht, aber nicht das Besondere, der hat einen verzerrten Blick auf die Wirklichkeit, der nur dem Kapital nützt. Die Kommunisten betonen gegen die bloß allgemeine Rede vom „menschengemachten“ Charakter des Klimawandels, dass es der Kapitalismus ist, der ihn verursacht. Die Kommunisten lassen es nicht zu, dass die Verantwortung

für den Klimawandel (teilweise) der Arbeiterklasse umgehängt wird. Im Kapitalismus wird für den Profit produziert, ungeachtet aller Konsequenzen für Mensch und Natur. Die Arbeiterklasse trägt nicht die Verantwortung für Bedrohungen, die ein Gesellschaftssystem mit sich bringt, in welchem die Arbeiterklasse eine entrechtete, unterdrückte und ausgebeutete Klasse ist. Im Staat der Arbeiterklasse hingegen wird planmäßig gemäß der Bedürfnisse und Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gewirtschaftet. Nur hier können daher auch alle Erfordernisse zum Erhalt einer wünschenswerten Umwelt berücksichtigt werden.

3. Wir sitzen nicht im selben Boot. Das genannte Verhältnis zwischen Allgemeinem und Besonderem gilt auch für die Frage, inwieweit die Menschen angesichts des Klimawandels und seiner drohenden Auswirkungen alle im selben Boot sitzen. Dies ist nur in einem Sinne der Fall, welcher nach Maßgabe der gegenwärtigen grundlegenden Widersprüche viel zu abstrakt ist, als dass sie die Wirklichkeit adäquat beschreiben könnte. Tatsächlich klafft ein unüberwindbarer Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, und dies betrifft die Frage des Klimawandels und seiner Folgen nicht weniger als jede andere gesellschaftliche Frage. Der Klimawandel ändert nichts Wesentliches an den grundlegenden Widersprüchen in der Gesellschaft oder an der grundlegenden Tendenz der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, also auch nicht an der Strategie der Kommunisten. Die Kommunisten bewerten auch klimapolitische Ansichten und Maßnahmen in erster Linie nach ihrem Klassengehalt. Das Kapital versucht, den Klimawandel als Vorwand zu nutzen, um die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Völker weiter zu verschärfen und ihre Profite zu vergrößern. Dabei spielen natürlich auch Widersprüche zwischen Kapitalfraktionen eine Rolle. Die Kommunisten organisieren den Kampf gegen diese Verschärfungen und entlarven ihre ideologische Grundlage. Ziel ist, dass sich die Arbeiterklasse nicht etwa von der einen oder anderen Kapitalfraktion einlullen lässt, sondern sich zu einer zunehmend stärker werdenden eigenständigen Kraft entwickelt.

4. *Vorbereitet sein.* Dass es global zu schweren durch den Klimawandel bewirkten und verstärkten Problemen kommen wird, lässt sich nicht aufhalten. Welche genauen Verläufe die Entwicklungen nehmen werden, ist offen. Jedenfalls ist eine zusätzliche Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche und der Klassenauseinandersetzungen zu erwarten. Die Kommunisten müssen daher umso wachsamer sein und konsequent die Klassenpositionen der Arbeiterklasse vertreten und weiterentwickeln. Sie dürfen sich nicht darauf verlassen, dass der Klassenkampf dauerhaft im gegenwärtig gewohnten Kontext verlaufen wird. Stattdessen müssen sie sich zu einer Allwetterpartei entwickeln, die selbst im schwierigsten Umfeld ihre ideologische Klarheit bewahrt und zugleich bestmöglich Wirkungen entfalten kann. Sich dafür wappnen heißt beispielsweise, sich mit der Geschichte des Klassenkampfes in anderen Situationen schärfster imperialistischer und Klassenauseinandersetzungen auseinanderzusetzen und Lehren daraus zu ziehen.

5. *Hysterie fehl am Platz.* Unabhängig davon, mit welchem Tempo sich der Klimawandel fortsetzen wird und wie rasch wie drastische Konsequenzen auftreten, so viel ist sicher: Man wird rückblickend nicht sagen können, der Fehler sei gewesen, dass man zu wenig panisch war. Hysterie und Angst sind keine Ratgeber im politischen Kampf, sie führen zu Linksradikalismus und Opportunismus. Die Kommunisten behalten einen klaren Kopf, also auch den historischen Optimismus, der aus den historisch-materialistisch begründeten Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft folgt. Weltuntergangsszenarien sind unangebracht, denn selbst bei katastrophalen Entwicklungen wird sich das Rad der Geschichte weiterdrehen. Die Option, dass sich die Menschheit vollends selbst vernichtet ist theoretisch gegeben, aber unwahrscheinlich und modifiziert nicht die Strategie der Kommunisten. Das einzige, was Kommunisten sich rückblickend vorwerfen könnten, wäre, nicht mit aller Konsequenz am Sturz des Kapitalismus und an der Festigung des Sozialismus gearbeitet zu haben.

6. *Alternative aufzeigen.* Das Argumentieren der Vorteile des Sozialismus bei der Eindämmung des Klimawandels sowie allgemein beim

Umgang mit dem Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner natürlichen Umwelt muss ein Bestandteil der kommunistischen Propaganda sein. Ein kommunistisches Parteiprogramm, das den zukünftigen Sozialismus in Österreich skizziert, sollte wohl auch aufzeigen, welche Schritte der Sozialismus gemäß der konkreten ökonomischen Voraussetzungen in Österreich setzen können wird, um klimaschonend zu wirtschaften und gleichzeitig die Ökonomie weiterzuentwickeln. Dabei werden zum Beispiel auch die Nutzung von modernen Kernkraftwerken sowie der weitere Ausbau der Wasserkraft kein Tabu sein dürfen. Der Sozialismus hat in der Geschichte bereits mehrmals bewiesen, dass er aufgrund der zentral organisierten Planwirtschaft sowie aufgrund der Überwindung der Entfremdung der Arbeit zu den größten ökonomischen Leistungen imstande ist. Er kann auch die zusätzlichen Herausforderungen, die ihm der durch den Kapitalismus verursachte Klimawandel aufbürdet, meistern.

7. Partei und Bewegung. Wie bei Protestbewegungen zu anderen politischen Fragen entscheiden die Kommunisten auch über ihr Verhältnis zu klimapolitischen Protestbewegungen nach dem Kriterium, wie am besten zur Organisierung der Arbeiterklasse sowie zur Verbreitung von Klassenbewusstsein beigetragen werden kann, und zwar unter Berücksichtigung aktuell notwendiger Prioritätensetzungen. In einer Phase, in der es vielmehr um die Schaffung zumindest einer gewissen Verankerung in der Arbeiterklasse gehen muss, wird der Versuch der Einflussnahme auf eine deutlich kleinbürgerlich dominierte Bewegung wie etwa „Fridays for Future“ nicht gerade oberste Priorität haben. Eine sinnvolle Fragestellung könnte selbstverständlich sein, als PdA bei einzelnen Protesten konzentriert aufzutreten und dort die klassenkämpferischen klimapolitischen Positionen offensiv zu verbreiten. Wer hingegen allgemein fordert, die PdA solle „die Klimabewegung“ unterstützen, der fordert eigentlich, dass die PdA ihren Charakter als kommunistische Partei aufgeben soll, zugunsten einer Organisation von „Bewegungslinken“, von Freunden der Nachtrabpolitik.

Diskussion: Antwort auf Gen. Sörensen zur Frage der EU-Wahl

Von Dave Westacott

„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte“ (Lenin 1960, S. 342–346)

Dies ist eine Antwort auf den Artikel von Genosse Andreas Sörensen, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Schwedens (SKP) „Die EU-Wahl aus schwedischer Sicht“, der in „Einheit und Widerspruch“ Nr. 7 erschienen ist.

Darin versuchte er zu erklären, warum die SKP ihren Boykott der EU-Parlamentswahlen aufgeben hatte. Darin machte Genosse Sörensen eine Reihe von Behauptungen, insbesondere zur Strategie und Taktik des Wahlboykotts, die ich für äußerst fragwürdig halte und die nicht im Einklang mit einer marxistisch-leninistischen Herangehensweise an das Thema stehen.

„Wir machen keinen Unterschied zwischen den verschiedenen parlamentarischen Ebenen innerhalb des Kapitalismus, weil alle Ebenen sowieso Mittel sind für die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Expansion des Kapitals in den jeweiligen Ländern.“ (Sörensen 2019, S. 28) Die Logik dieses Arguments ist fast ein Spiegelbild des Arguments jener Ultralinken, die dafür plädierten, dass wir niemals an Parlamentswahlen teilnehmen sollten. Und es ist genauso falsch. Es besagt, dass wir, weil wir an einer parlamentarischen Ebene teilnehmen, deshalb an allen teilnehmen müssen. Erstens ignoriert es den Unterschied zwischen den Institutionen, dazu später mehr. Zweitens, Gen. Sörensen wen-

det sich zwar gegen einen Boykott „in der heutigen politischen Situation“ (Sørensen 2019, S. 29). Aber dann erklärt er überhaupt nicht, in welcher Situation ein Boykott doch zu rechtfertigen wäre, und zudem, wie gesagt, besteht er darauf, dass wir, solange wir an einem nationalen Parlament teilnehmen, automatisch auch in EU-Wahlen teilnehmen müssen.

Es ist natürlich erwähnenswert, dass die Bolschewiki die Duma-Wahlen von 1906 zu Recht boykottiert haben, was sie jedoch nicht davon abhielt, an späteren Wahlen teilzunehmen. Natürlich stehen wir im Gegensatz zu 1905/06 nicht vor einer revolutionären Situation in Europa, aber die Tatsache bleibt: ob wir Wahlen boykottieren oder nicht, ist eine Frage der Taktik, nicht des Prinzips.

Innerhalb eines Nationalstaates gibt es ein nationales Parlament, und innerhalb dieses Staates glauben wir – trotz unseres Verständnisses der Grenzen des Parlaments –, dass Sozialismus möglich ist. Das Europäische Parlament existiert innerhalb einer multinationalen Institution, die sich (wie Lenin voraussagte) ausdrücklich der Verhinderung des Sozialismus in jedem ihrer Mitglieder widmet und innerhalb derer ein Voranschreiten in Richtung Sozialismus nicht möglich ist. Dies ist der Kern unserer Opposition gegen die EU. Warum sollten wir versuchen, ihn zu verschleiern, indem wir die nationalen Parlamente mit dem EU-Parlament gleichsetzen? (An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die nationalen Parlamente die meisten Befugnisse nicht an das EU-Parlament, sondern an die EU-Kommission und ihre Direktorate abgegeben haben).

Für Sørensen „ist es auch nicht wichtig, dass eine rechte Politik im Grundgesetz der EU festgeschrieben ist. Würde übrigens ein anderes Grundgesetz den Charakter der EU als imperialistisches Bündnis ändern?“ (Sørensen 2019, S. 30)

Der erste Satz hier ist mehr als sparsam mit der Wahrheit. Es ist nicht nur die „rechte Politik“, die im EU-Grundgesetz verankert ist. In Form der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Lissabon ist es die einzige Verfassung eines Staates oder einer Mehrstaatlichkeitsin-

stitution weltweit – einschließlich der US-Verfassung –, die mit ihren Artikeln über Wettbewerb, Liberalisierung und Deregulierung ausdrücklich darauf abzielt, selbst die begrenztste Form des Fortschritts zum Sozialismus zu unterbinden.

Auf nationaler Ebene ist es durchaus möglich, der „rechten Politik“ auch innerhalb des Kapitalismus gegenzusteuern und auf diesem Weg darauf aufzubauen. Das ist eigentlich eine Voraussetzung für den Aufbau der Bewegung für den Sozialismus. Auf EU-Ebene und solange irgendein Staat in der EU bleibt, ist es verfassungsmäßig unmöglich. Betrachtet man ferner die politische Konstellation in den meisten EU-Staaten, in denen selbst links-sozialdemokratische Parteien oft nicht existieren und traditionelle sozialdemokratische Parteien wie die SPD in Deutschland fest mit dem EU-Neoliberalismus verbunden sind, ist eine Situation, in der diese Verträge in eine linke Richtung verändert werden können, unvorstellbar.

In dieser Hinsicht hat Lenin dies nur allzu deutlich vorausgesehen. Er machte sich kaum Illusionen darüber, dass die einzelnen Regierungen und Parlamente der kapitalistischen Länder sich der Verhinderung des Sozialismus verschrieben hatten. Aber er unterschied klar zwischen der nationalen Ebene und der multinationalen, vorübergehenden Allianz der kapitalistischen Mächte zur Unterdrückung der sozialistischen Bewegung in Europa.

Im zweiten Teil des obigen Absatzes schlägt Gen. Sörensen vor, dass die Alternative zum gegenwärtigen Grundgesetz ein Grundgesetz mit einem anderen (vielleicht besseren) Charakter sein könnte. Dies ist nicht nur eine falsche Alternative. Es ist die größte Illusion, gegen die wir kämpfen müssen – viel größer als jede Illusion über die nationalen Parlamente. Die wirkliche Alternative ist der Rückzug aus der EU als Teil eines kontinuierlichen Kampfes für ihren Zerfall und als wesentlicher Teil des Kampfes für den Sozialismus in und durch die verschiedenen Nationalstaaten.

Aber nirgendwo in seinem Artikel erwähnt Gen. Sörensen dies auch nur als eine Möglichkeit. Sein ganzer Ansatz basiert darauf, innerhalb

der EU zu bleiben. Warum? Weil, seiner Meinung nach, eine solche Opposition gegen die EU die nationalen kapitalistischen Parlamente und die Illusionen um sie herum stärken würde. Doch die weitaus größere und unmittelbarere Bedrohung ist die von Kräften wie „Die Linke“, vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis und anderen geäußerte Illusion, dass eine „reformierte“, „bessere“, sozialere EU möglich ist. Gen. Sørensen hat dazu nichts zu sagen.

Er schreibt, dass ein oft gehörtes Argument sei, dass eine Wahlteilnahme *„die EU als Institution legitimiert und Illusionen darüber erschafft, was die EU ist und macht.“* – *„Dieselbe Logik wird jedoch nicht bei den nationalen Parlamenten angewandt. Trotz der Tatsache, dass die nationalen Parlamente den Kapitalismus administrieren, genau wie das EU-Parlament (obwohl das EU-Parlament andere Befugnisse hat, aber das spielt hier keine Rolle), werden unsere Stellungnahmen in Bezug auf die Reichstagswahl nicht in Frage gestellt.“* – *„Das kann nichts Anderes bedeuten, als dass man die verschiedenen Parlamente unterschiedlich einschätzt.“* – *„Das kann nichts Anderes bedeuten, als dass man die verschiedenen Parlamente unterschiedlich einschätzt.“* (Sørensen 2019, S. 29)

Ja, natürlich. Sie sind auch unterschiedlich in vieler Hinsicht. Und in ihrer Strategie und Taktik müssen Kommunisten diese Tatsache zu Kenntnis nehmen.

Weiter schreibt er: *„Die nationalen Parlamente bekommen so eine andere Rolle – qualitativ gesehen – als die internationalen Parlamente. Durch den Boykott der EU-Wahl malt man also ein Bild von einem besseren nationalen Parlament, das nicht so imperialistisch oder undemokratisch wie das EU-Parlament ist.“* (Sørensen 2019, S. 29)

Die Frage ist jedoch nicht, ob das nationale Parlament weniger imperialistisch oder demokratisch ist als das EU-Parlament, die Frage ist, ob es innerhalb einer Struktur (eines Nationalstaates) existiert, in der Sozialismus möglich ist, oder ob es in einer Struktur existiert, in der Sozialismus nicht möglich ist und die ausdrücklich darauf ausgerichtet ist, jegliche Art von Fortschritt der Arbeiterklasse in Richtung Sozialismus unmöglich und illegal zu machen.

Sörensen schreibt: *„Ein Boykott in der heutigen politischen Situation ent-waffnet die Partei und die Bewegung und schützt den nationalen Kapitalismus.“* (Sörensen 2019, S. 29) Der größte Beschützer des nationalen Kapitalismus ist jedoch die EU selbst, natürlich unter ihren eigenen Bedingungen, die manchmal im Widerspruch zu den nationalen Kapitalismen stehen, die aber – außer in dem Sinne, dass sie zu innerkapitalistischen Rivalitäten und deshalb sogar zu einem möglichen Zusammenbruch der EU führen – niemals die Arbeiterklasse begünstigen können.

Was tun?

Nach der Diskussion einiger grundlegender Prinzipien, einschließlich der Frage, ob ein Boykott unter allen Umständen akzeptabel ist, muss überlegt werden, welche Linie jetzt in der Praxis verfolgt werden soll. Es gibt möglicherweise keinen besseren Ausgangspunkt, um damit zu beginnen, als einen Blick auf die tatsächliche Wahlbeteiligung bei den EU-Parlamentswahlen zu werfen. Diese ist seit ihrem Beginn im Jahr 1979 bis zu den Wahlen im Jahr 2014 jedes Jahr gesunken, und selbst nach einem bescheidenen Aufschwung im Jahr 2019 ist die Gesamtwahlbeteiligung in der EU von 62% im Jahr 1979 auf knapp 51% im Jahr 2019 gesunken (POLITICO 2019). Dabei ist zu bedenken, dass in zwei Ländern, Belgien und Luxemburg, die Wahlbeteiligung bei etwa 90 bis 85% liegt, weil es eine gesetzliche Verpflichtung zur Stimmabgabe gibt – das bedeutet, abgesehen von diesen beiden Ausnahmen, wäre die durchschnittliche Beteiligung im Jahr 2019 sogar unter 50%.

Bei den letzten Wahlen (2019) gab es zum ersten Mal seit 1979 einen leichten Aufschwung, was aber wahrscheinlich auf die Kontroverse um Asylbewerber und die Rolle der EU dabei zurückzuführen ist. So stieg die Wahlbeteiligung in Polen von 24% im Jahr 2014 deutlich auf 45% im Jahr 2019. In Deutschland stieg sie von 48% im Jahr 2014 auf 61% im Jahr 2019.

In Italien hingegen ist sie von 85 % im Jahr 1979 auf 54 % im Jahr 2019 gesunken. Österreich 67% 1979 und 59% 2019. In der Tschechi-

schen Republik bleibt sie konstant bei 28%: In der Slowakei stieg sie von nur 13% im Jahr 2014 auf stolze 22% im Jahr 2019. Im Schweden von Genosse Sørensen stieg sie von 41% im Jahr 1979 auf kaum beeindruckende 55% im Jahr 2019.

Angesichts dieser Zahlen ist es vernünftig zu fragen, ob – nicht zum ersten Mal in der Geschichte – die Massen den kommunistischen Parteien voraus sind. In jedem Land, in dem keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, hat fast die Hälfte und in einigen Ländern mehr als die Hälfte der Wähler entschieden, dass die Teilnahme an den Wahlen für sie keine Bedeutung hat. Mit anderen Worten, sie haben das Europäische Parlament bereits als das anerkannt, was es ist – ein Scheinbild.

Ist es in dieser Situation, in der in einigen Fällen sogar weit weniger als die Hälfte der Wähler abstimmt und offensichtlich bereits die Bedeutungslosigkeit dieses Parlaments versteht, wirklich die Rolle der kommunistischen Parteien, die Menschen zur Wahl dieses Scheinparlaments zu ermutigen? Sollen wir, zusammen mit Varoufakis, deutscher Linkspartei und der KPÖ die Illusion fördern, dass sie ihren Charakter verändern kann, dass die EU reformierbar ist?

Ich würde argumentieren, dass – außer in den wenigen Ländern, in denen das Wählen gesetzlich vorgeschrieben ist – kommunistische Parteien die Realität anerkennen sollten, die die meisten Menschen bereits erkannt haben. Wahlkampagne ja, aber als Kampagne gegen die Teilnahme an diesem Parlament und für ein Austritt aus der EU.

Zum Schluss schreibt Gen. Sørensen unter der Überschrift: „*Gibt es in Bezug auf die EU eine nationale Frage?*“: „*Die Frage der EU bleibt so eine Klassenfrage, nicht eine nationale Frage*“, und dann kommt er nach vielen konfusen Argumentationen zu der revolutionär klingenden Phrase: „*Es geht nicht um die Nation, sondern um die Arbeitermacht.*“ (Sørensen 2019, S. 34)

Tatsache bleibt, dass die beiden einander nicht widersprechen. Lenin selbst hat vor diesem Irrtum mehrmals gewarnt. Er schreibt, den Kampf für den Sozialismus dem Kampf für die (sogar bürgerliche)

Demokratie und nationale Selbstbestimmung gegenüberzustellen, weil die letzteren „utopisch“, „undurchführbar“ oder eine „Ablenkung“ sind, wäre eine große Fehler. Als Ergänzung dazu möchte ich daher die Bemerkungen Lenins zur Frage des Sozialismus, der Demokratie und der Nation hinzufügen, die diese Frage viel besser zum Ausdruck bringen, als ich es könnte:

„2. Die sozialistische Revolution und der Kampf um die Demokratie (Lenin 1971, S. 144–159)“

Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht an einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte, eine lange Reihe von Schlachten an allen Fronten, das heißt in allen Fragen der Ökonomie sowie der Politik, Schlachten, welche nur mit der Expropriation der Bourgeoisie enden können. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, dass der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.

Nicht weniger falsch wäre es, einen der Punkte des demokratischen Programms, so zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, fallenzulassen, und zwar auf Grund seiner angeblichen „Undurchführbarkeit“ oder seines „illusorischen“ Charakters wegen in der imperialistischen Epoche. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei im Rahmen des Kapitalismus undurchführbar, kann entweder im absoluten ökonomischen oder relativen politischen Sinne aufgefasst werden

Im ersten Sinne ist diese Behauptung theoretisch grundfalsch. In diesem Sinne ist im Rahmen des Kapitalismus etwa das „Arbeitsgeld“ oder die Abschaffung der Krisen und dergleichen mehr undurchführbar. Aber es ist falsch, dass das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

genauso undurchführbar sei. Zweitens würde selbst das einzige Beispiel der Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905 genügen, um die „Undurchführbarkeit“ in diesem Sinne zu widerlegen. Drittens wäre es lächerlich zu bestreiten, dass bei einer kleinen Veränderung der gegenseitigen politischen und strategischen Beziehungen, zum Beispiel Deutschlands und Englands, heute oder morgen die Konstituierung neuer Staaten – etwa eines polnischen, indischen und ähnlichen – „durchführbar“ sei. Viertens korrumpierte das Finanzkapital in seinem Suchen nach Expansion die „freieste“ demokratische und republikanische Regierung und die gewählten Beamten eines beliebigen, wenn auch „unabhängigen“ Landes, und wird sie auch künftig „frei“ korrumpieren.

Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch keinerlei Umgestaltungen auf dem Gebiet der politischen Demokratie zu beseitigen. Und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen liegt ganz und ausschließlich auf diesem Gebiet. Aber diese Herrschaft des Finanzkapitals hebt nicht im mindesten die Bedeutung der politischen Demokratie als einer freieren, weiteren und klareren Form der Klassenunterdrückung und der Klassenkämpfe auf. Daher führen alle Ausführungen über die „Undurchführbarkeit“ im ökonomischen Sinne einer der Forderungen der politischen Demokratie unter dem Kapitalismus zu einer theoretisch falschen Definition der allgemeinen und grundlegenden Beziehungen des Kapitalismus zur politischen Demokratie überhaupt.

Im zweiten Falle ist diese Behauptung unvollständig und ungenau. Denn nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie sind beim Imperialismus nur unvollständig, verstümmelt und als eine seltene Ausnahme (zum Beispiel die Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905) „durchführbar“. Die Forderung der sofortigen Befreiung der Kolonien, die von allen revolutionären Sozialdemokraten aufgestellt wird, ist ebenfalls beim Kapitalismus ohne eine Reihe von Revolutionen „undurchführbar“. Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für alle diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Re-

aktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muss alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriert, führen. Die sozialistische Revolution kann nicht nur aus einem großen Streik oder einer Straßendemonstration oder einem Hungeraufstand, einer Militärempörung oder einer Meuterei in den Kolonien, sondern aus einer beliebigen politischen Krise, wie der Dreyfus-Affäre oder dem Zaberninzident, oder im Zusammenhang mit dem Referendum in der Frage der Abtrennung der unterdrückten Nationen und ähnlichem mehr aufflammen.

Die Verstärkung der nationalen Unterjochung in der Ära des Imperialismus bedingt für die Sozialdemokraten nicht den Verzicht auf den „utopischen“, wie ihn die Bourgeoisie bezeichnet, Kampf für die Freiheit der Abtrennung der Nationen, sondern ganz im Gegenteil eine verstärkte Ausnutzung aller Konflikte, die auch auf diesem Boden entstehen, als Veranlassung für Massenaktionen und revolutionäre Kämpfe gegen die Bourgeoisie.

Literaturverzeichnis

Lenin, Wladimir Iljitsch (1960): August 1914 - Dezember 1915. Berlin: Dietz Verlag (Lenin Werke, 21).

Lenin, Wladimir Iljitsch (1971): Dezember 1915 - Juli 1916. Berlin: Dietz Verlag (22).

POLITICO (2019): European elections 2019: Voter turnout. Hg. v. Allbritton und Robert. Online verfügbar unter <https://www.politico.eu/interactive/voters-turnout-in-the-european-elections>, zuletzt geprüft am 09.05.2020.

Sörensen, Andreas (2019): Die EU-Wahl aus schwedischer Sicht. In: *Einheit und Widerspruch* (7), S. 26–34. Online verfügbar unter <http://parteierarbeit.at/?p=5372>, zuletzt geprüft am 07.05.2019.

Rezension: Leo Stern

Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden

Von Lukas Haslwanter

*Leo (Jonas Leib) Stern – Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden
Oberkofler, Gerhard; Stern, Manfred
Studienverlag, Innsbruck 2019
292 Seiten, 29,90 Euro
ISBN: 978-3-7065-5973-7*

Mit dem vorliegenden Werk leisten die Autoren Gerhard Oberkofler und Manfred Stern gleichermaßen einen Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte und zur Erforschung der Geschichte der kommunistischen Bewegung Österreichs und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie zu ihrer Verstrickung miteinander.

Das Buch beginnt mit einem kurzen Überblick über die Lebenssituation für JüdInnen in der damals noch österreichischen Bukowina (heute Ukraine). Dort wird Leo Stern, als Jonas Leib Stern, in eine jüdische Familie geboren. Leo Stern kommt 1916 mit seiner Mutter, die mit ihm und ihren beiden Töchtern vor der zaristischen Armee und der Angst vor Pogromen flüchtet, nach Salzburg. Dort schließt er das Gymnasium ab. Weiter geht es über verschiedene Zwischenstopps nach Wien. Hier studiert Leo Stern Staatswissenschaften, kommt mit dem Austromarxismus in Berührung und organisiert sich in der Sozialdemokratie. Mit der Ausschaltung des Parlaments 1933, den Februarkämpfen 1934 und der Errichtung des austrofaschistischen Ständestaates nähert sich Leo Stern immer weiter der Kommunistischen Partei Österreichs an. Ausführlich schildern die Autoren Leo Sterns Entwicklung vom Austromarxisten zum Kommunisten anhand der sich verändernden politischen Lage in Österreich und der Politik der Sozialdemokratie.

Die nächste größere Etappe in Leo Sterns Leben ist das Exil. Über Prag geht es in die Sowjetunion und von dort in den spanischen Krieg, an dem er teilnimmt. Sein Bruder Manfred Stern wurde berühmt im spanischen Krieg unter dem Namen General Kleber als „Retter Madrids“. Er rettete gemeinsam mit der XII. Interbrigade das bereits aufgegebenen Madrid vor dem Zugriff der Franco-Faschisten. Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion ist in verschiedenen Positionen tätig, unter anderem ist er Professor an einer Moskauer Hochschule und Offizier in der Roten Armee. In dieser Funktion nimmt er auch an der Befreiung Wiens im April 1945 teil. Nach 1945 strebt Leo Stern eine Wissenschaftskarriere in Wien an, dies wird ihm aber massiv erschwert. Man darf nicht vergessen, dass ein großer Teil der Eliten an den Universitäten den Faschismus unterstützt hatte und unter ihnen viele glühende Antisemiten und Antikommunisten waren. 1950 folgt Leo Stern schließlich mit seiner neugegründeten Familie dem Ruf in die Deutsche Demokratische Republik an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Neben der äußerst plastischen Darstellung der unterschiedlichen Lebensstationen Leo Sterns und der Beschreibung seines Beitrages zum Aufbau einer marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, besticht das Buch auch durch den Abdruck verschiedener Texte Leo Sterns. So enthält das Buch Auszüge von Texten und Reden, beispielsweise zum spanischen Krieg von 1936-39, über Marx und den historischen Materialismus und weiteren Themen. Die Autoren und Herausgeber Oberkofler und Stern haben dies in einer sehr schönen Form gestaltet, indem sie Originaltexte und Reden von Leo Stern in seine Biographie verwoben. Die Texte sind in die Biographie quasi eingearbeitet, sie sind als Entstehungsdokumente der biographischen Entwicklung in den jeweiligen Jahren immer wieder eingefügt. Es entsteht ein vollständiges Bild aus der Darstellung durch Manfred Stern und Gerhard Oberkofler und den Zeitdokumenten von Leo Stern selbst, was dem Leser und der Leserin eine ganz besondere Perspektive verschafft. Das gelungene und empfehlenswerte Gesamtbild wird durch eine teilweise undifferenziert/inkonsistente Perspektive auf die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit nicht gemindert. Das Buch ist ein Zeitzeugnis, das nicht nur einen biographischen Einblick

in das Leben und Schaffen Leo Sterns gibt, sondern auch für eine breite LeserInnenschaft – auch abseits der HistorikerInnen – spannend ist, da es die bewegte internationale Geschichte der ArbeiterInnenbewegung greifbar macht.

Autoren

Gerhard Oberkofler, Univ. Prof. i. R., war lange als Universitätsprofessor an der Universität Innsbruck und des dortigen Universitätsarchivs tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wissenschaftsgeschichte, Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und Befreiungstheologie.

Manfred Stern, Mathematiker und Fachbuchübersetzer (Ungarisch, Finnisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Amerikanisch), ist der Sohn von Leo Stern.

Zum Coronavirus, COVID-19 und der Situation in Österreich

*Stellungnahme des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs (PdA),
Wien, 13. März 2020*

Die Verbreitung des Coronavirus in Österreich verursacht verständlicherweise Besorgnis unter den ArbeiterInnen, Angestellten, kleinen Selbstständigen und ihren Familien. Die Partei der Arbeit Österreichs verfolgt die Entwicklungen sowie die Regierungsmaßnahmen aufmerksam und positioniert sich mit Verantwortung jenseits von Panikmache und falscher Zuversicht.

Sofern Richtlinien und Maßnahmen wissenschaftlich begründet und fundiert sind, ist es aus Sicht der öffentlichen Gesundheit selbstverständlich wichtig, diese umzusetzen. Es ist aber zugleich festzuhalten, dass sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus auf keinen Fall weiterhin zu Lasten der Arbeiterklasse auswirken dürfen. Im Gegenteil ist es erforderlich Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die Gesundheit als auch die Rechte der Werktätigen schützen.

Es ist von absoluter Priorität, dass die Arbeiterklasse nicht die Kosten der Maßnahmen tragen muss. Alle ArbeiterInnen und Angestellte (sowie freie DienstnehmerInnen, freischaffende Künstler und Scheinselbstständige) im privaten und öffentlichen Bereich, die:

- selbst erkranken,
- auf Grund von Risikofaktoren besonders gefährdet sind,
- sich um erkrankte minderjährige oder ältere Mitglieder ihrer Familien sorgen müssen,
- ihre Kinder auf Grund von Schulschließungen betreuen müssen, oder
- auf Grund von Maßnahmen und Regelungen zu arbeiten verhindert sind,

sollen unverzüglich eine Freistellung bei voller Lohnfortzahlung bzw. Ersatz des Verdienstausfalls bekommen.

Es muss außerdem verhindert werden, dass die Situation von den Unternehmen ausgenutzt wird, um die Rechte der Arbeitnehmer zu untergraben und die Arbeitsverhältnisse weiter zu flexibilisieren. Gerade jetzt kommt es darauf an, unsere Rechte zu verteidigen und zur Geltung zu bringen.

Die Auswirkungen dieser Epidemie auf unsere Leben sind nicht einem blinden Schicksal geschuldet, sondern hängen von den ökonomischen und politischen Verhältnissen ab. Die höchst problematische heutige Situation ist ein Resultat der Politik aller bürgerlichen Regierungen sowie der EU, die die Gesundheit dem Profit der Monopole in Pharmaindustrie und Versicherungswesen unterwerfen. Sogar in diesem Moment wird angekündigt, dass EU und Regierung Milliarden für die Unterstützung von Großunternehmen, Banken und Hoteliers zur Verfügung stellen werden, statt die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

In den meisten Bereichen der Wirtschaft wird der Betrieb aufrechterhalten, Einschränkungen gelten vor allem für die Freizeit. Es wird an die Selbstverantwortung appelliert und empfohlen, soziale Kontakte einzuschränken, gleichzeitig aber den „regulären Betrieb aufrechtzuerhalten“ und hierfür die zur Verfügung stehenden technischen Mittel zu nutzen, um persönlichen Kontakt auf das Notwendigste zu beschränken. Homeoffice und Telearbeit sind im Bereich der Kopfarbeit hierbei eine Variante, aber auch die andauernde physische Anwesenheit wird zugunsten des Profits der potentiellen Gesundheitsgefährdung untergeordnet.

Die Regierung versucht also, die „persönliche Verantwortung“ und das „soziale Verhalten“ eines jeden im Zentrum der Aufmerksamkeit zu lenken. Damit wollen sie verschleiern, dass das Gesundheitssystem in Österreich in Wirklichkeit große Mängel aufweist und nicht ausreichend auf eine Verschlimmerung der Lage oder ähnliche Situationen in der Zukunft vorbereitet ist. Dieselben reaktionären Kräfte aus

ÖVP und Unternehmerverbänden, die mit der Zusammenlegung der Krankenkassen ein Millardendesaster angerichtet und die Beiträge der Werktätigen damit vernichtet haben, tun jetzt so, als wäre kein Geld für den Ausbau des Gesundheitswesens vorhanden.

Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, wie die Einstellung des benötigten medizinischen und Pflegepersonals, Erweiterung der Intensivstationen, Versorgung der Spitäler mit den notwendigen medizinischen Mitteln. Statt an die „persönliche Verantwortung“ zu appellieren, soll die Regierung dafür sorgen, dass der Bevölkerung alle notwendigen Hygieneartikel kostenlos und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten aller notwendigen Maßnahmen sollen in ihrer Gänze vom Staat und dem Großkapital übernommen und drohende Defizite der Krankenkassen ausgeglichen werden. Dazu gehört als Sofortmaßnahme die rigorose Eintreibung der Sozialversicherungs- und Steuerschulden der Unternehmer und eine ordentliche Besteuerung von Gewinnen und Vermögen. Die ArbeiterInnen, Angestellten und kleinen Selbstständige haben genug für die Profite des Monopolkapitals geblutet.

Das #teamösterreich und die Arbeiterklasse

Kommentar von Lukas Haslwanter, Mitglied des Parteivorstandes der Partei der Arbeit, Gewerkschafter und Angestellter im Einzelhandel

Wer oder was das #teamösterreich ist, hat die Partei der Arbeit in ihren Stellungnahmen bereits mehrmals deutlich gemacht. Es ist das Team des Monopol- und Finanzkapitals, ihrer Politiker und der von ihnen eingekauften Gewerkschaftsspitzen aka Arbeiteraristokratie. Jedes Team braucht aber auch einen Gegner und wer dieser Gegner ist, erfahrt ihr, wenn ihr weiterlest.

Das wird bspw. beim Thema Urlaub mehr als deutlich. Bisher galt die Regelung, dass Urlaub nur im Einvernehmen von Arbeitern bzw. Angestellten mit ihrem Chef vereinbart, niemals aber vom Chef dem Arbeiter oder Angestellten verordnet werden kann. Dieses Prinzip wurde schon bei der Regelung zum sogenannten, von den Sozialpartnern ausverhandelten, Corona-Kurzarbeitszeitmodell aufgeweicht (Artikel 6 des „2. COVID-19-Gesetzes“ betreffend Änderung von §170 des Arbeitsverfassungsgesetzes). Kurzarbeit wird erst möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten, die in Kurzarbeit geschickt werden sollen, ihre Resturlaubsbestände aus den Vorjahren und Zeitguthaben aufbrauchen. Das heißt, die Sozialpartner, sprich Arbeiteraristokratie und Unternehmer, haben sich darauf geeinigt, dass der Staat die Arbeiter und Angestellten dazu zwingt Urlaub zu verwenden, um sich vor Ansteckung am Arbeitsplatz zu schützen. Sollte das Unternehmen nach 3 Monaten entscheiden, seine Arbeiter und Angestellten weitere 3 Monate in Kurzarbeit zu schicken, müssen die Beschäftigten dafür weitere 3 Wochen Urlaub opfern. Nebenbei bemerkt übernimmt das AMS auch die Sozialversicherungsbeiträge, die Lohnsteuer und die anteiligen Sonderzahlungen der Beschäftigten beim neuen Corona Kurzarbeitszeitmodell, heißt im Klartext, der Staat schüttet das volle Füllhorn an die Unternehmen aus und zahlt sich sogar seine Steuern selbst!

Soweit so gut. Gestern ging der Angriff auf den Urlaub der Arbeiter und Angestellten weiter. In Folge der Gesetze, die am vergangenen Sonntag im Parlament von allen Parteien im Taumel der nationalen Einheit beschlossen wurden, war eine Lücke entstanden, so dass nach Meinung von verschiedenen Juristen, Unternehmen, deren Geschäfte von der Regierung mittels Verordnung geschlossen wurden, die Beschäftigten nicht mehr weiter bezahlen müssten. Diese Lücke wurde gestern im Parlament geschlossen – allerdings mit einer Hinzufügung, und diese Hinzufügung hat es in sich. So darf das Unternehmen jetzt Arbeitern und Angestellten bis max. 8 Wochen Urlaub aufzwingen und auch bis zu 2 Wochen des laufenden Urlaubsjahres (Artikel 10 des „2. COVID-19-Gesetzes“ betreffend Änderung von § 1155 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches). Nach der bisherigen Regelung konnten Unternehmen ihre Beschäftigten nur freistellen oder kündigen oder eben besagtes Kurzarbeitszeitmodell beantragen. Die Gewerkschaft dürfte das in diesem Fall zwar nicht mitverhandelt haben, aus einer Aussendung der Vorsitzenden der GPA-djp, Barbara Treiber, an Betriebsräte, geht allerdings hervor, dass sie bereits damit gerechnet und es hingenommen hat. Die Gewerkschaftsführung hofft darauf, dass das den Unternehmen zu teuer ist und sie auf das vorhandene Kurzarbeitszeitmodell umstellen. Wie gut dieses angenommen wird, zeigen die rund 100.000 Menschen, die vom Kapital in dieser Woche gekündigt und zum AMS geschickt wurden.

Wieder einmal zeigt sich: die Sozialpartnerschaft ist die Partnerschaft der Arbeiteraristokratie mit dem Monopol- und Finanzkapital auf Kosten der Arbeiterklasse. Die Krisenkosten werden munter auf die Beschäftigten abgewälzt. Es wird ihnen Reproduktionszeit in Form von Urlaub und Zeitguthaben von der Regierung gestohlen und auch die Kurzarbeit wird letztlich von Steuern auf die Arbeit bezahlt. Wir befinden uns am Beginn einer massiven kapitalistischen Krise, und die Krisenkosten werden sie wieder den Werkträgern aufbürden wollen. Der einzige Ausweg ist der Klassenkampf, die Bildung einer kämpferischen Arbeiterfront gegen das Monopol- und Finanzkapital, ihre Regierung und die korrumpierten Gewerkschaftsspitzen.

Gegen Imperialismus und Okkupation in Jugoslawien

Erklärung des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs zum Jahrestag des NATO-Angriffs auf Jugoslawien, Wien, 24. März 2020

Am 24. März 1999 begann die NATO einen Angriffskrieg auf die Bundesrepublik Jugoslawien, die damals noch aus den Teilrepubliken Serbien und Montenegro bestand. Unter Bruch des internationalen Völkerrechts und der UN-Charta wurde eine imperialistische Aggression entfaltet. Durch das NATO-Bombardement wurden mindestens 3.500 Menschen getötet und über 10.000 verletzt, weite Teile der Infrastruktur wurden rücksichtslos zerstört. Gleichzeitig waren die Luftangriffe Voraussetzung dafür, dass die kosovo-albanische Terrororganisation UÇK im Kosovo antiserbische ethnische Säuberungen vornehmen und die serbische Provinz unter ihre Kontrolle bringen konnte. Mit Hilfe der USA und der EU wurde im Kosovo ein albanisches Regime errichtet, das die territoriale Integrität Serbiens negiert und sich zu Unrecht als „unabhängiger Staat“ betrachtet. Der NATO-Überfall auf Jugoslawien und seine Folgen bildeten den vorläufigen Abschluss der gezielten Desintegration Jugoslawiens und der Unterwerfung unter den westeuropäischen und nordamerikanischen Imperialismus.

Seit 1991 ist es dem Imperialismus gelungen, Jugoslawien als staatliche Einheit zu zerschlagen und in zweckmäßige Einzelteile zu zerlegen. Dies war Voraussetzung, um die sozialen und Eigentumsverhältnisse der SFRJ rasch und vollständig zu überwinden und die separaten Einzelstaaten der jugoslawischen Region auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Weise an den EU-Block anzuschließen. Gleichzeitig ging und geht es dem Monopolkapital und der EU darum, das sozialistische und antifaschistische Bewusstsein der Menschen Jugoslawiens zu liquidieren, indem antikommunistische Geschichtsfälschung und Desinformation betrieben sowie Denkmä-

ler zerstört werden, indem kommunistische Organisationen und Aktivitäten diffamiert, faschistische und monarchistische rehabilitiert werden.

Von Beginn an war das österreichische Kapital mit federführend bei der Zerstörung der SFR Jugoslawien. Gemeinsam mit der BRD wurden Separatismus und Sezession v.a. Sloweniens und Kroatiens betrieben, mit Hilfe der EU und der NATO ist das österreichische Bundesheer heute eine relevante Besatzungsmacht am so genannten „Westbalkan“ (mit diesem Begriff soll Jugoslawien auch als Name der Region und damit jede Erinnerung an den früheren gemeinsamen Staat unterdrückt werden). In Bosnien-Herzegowina stellt Österreich das mit Abstand größte militärische Truppenkontingent der „Operation Althea“ der EUFOR sowie seit 2009 durchgehend den Kommandanten vor Ort. Zusätzlich wird die Position des zivilen Statthalters („Hoher Repräsentant“), der in Sarajevo über erhebliche politische Macht verfügt, ebenfalls seit 2009 durch den Österreicher Valentin Inzko besetzt. Im Kosovo, der seit dem NATO-Krieg unter Kontrolle der KFOR steht, stellt das österreichische Bundesheer das drittgrößte Truppenkontingent nach den USA und Italien sowie den stellvertretenden Kommandanten vor Ort. In allen jugoslawischen Nachfolgestaaten sind österreichische Banken und Konzerne einmarschiert und stellen heute einen Großteil der westeuropäischen Monopole, die in der Region durch Privatisierungen, Marktliberalisierungen und Investitionen immense Profite zulasten der Bevölkerung lukrieren können.

Während Slowenien und Kroatien als verlässliche Partner des Monopolkapitals in die EU geführt wurden, Montenegro und nun auch Nordmazedonien zumindest an die NATO angeschlossen werden, bleibt Bosnien-Herzegowina eine Art Protektorat der EU unter österreichischer Führung. Serbien leistete am längsten Widerstand gegen den US- und EU-Imperialismus, hier fehlen den Monopolen und Militärs noch die vollständigen Durch- und Zugriffsrechte. Deshalb wurde auch dieser Staat weiter desintegriert und unter Druck gesetzt, vor allem durch den NATO-Angriff 1999 sowie durch die unrechtmäßige Abtrennung des Kosovo, aber auch durch destabilisierende Einmischungen in der Vojvodina.

Die Partei der Arbeit Österreichs lehnt die imperialistische und militaristische Durchdringung der jugoslawischen Staaten ab. Sie verurteilt den NATO-Angriff von 1999 als verbrecherische imperialistische Aggression und klaren Bruch völkerrechtlicher Normen. Die PdA steht an der Seite der Völker Jugoslawiens und ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien, die für Souveränität, Integrität, Frieden und Sozialismus kämpfen.

Die Partei der Arbeit Österreichs fordert:

- Rückzug des österreichischen Bundesheeres und aller imperialistischen Truppen aus Jugoslawien!
- Schluss mit imperialistischer Einmischung, Bevormundung und Okkupation!
- Rücknahme der Anerkennung des Kosovo und Wiedereingliederung in die Republik Serbien!
- Reparationszahlungen der NATO, der USA und der EU für den Krieg von 1999!
- NATO-Kriegsverbrecher und Kollaborateure vor Gericht!
- Für eine Region der Völkerfreundschaft, des Friedens und des Sozialismus!

Gesundheit vor Profit!

*Stellungnahme des Parteivorstands der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)
zur COVID-19-Pandemie und zur Wirtschaftskrise,
Wien, 20. April 2020*

Bereits bei der Pressekonferenz der Bundesregierung am Montag, den 30. März, hat Bundeskanzler Kurz Klartext gesprochen und die Bevölkerung darauf vorbereitet, dass jeder von uns bald einen Corona-Toten kennen würde. Gleichzeitig hielt er fest, dass Geschäfte vor Schulen und Universitäten wieder geöffnet werden, denn man müsse den wirtschaftlichen Schaden begrenzen. In Bezug auf die Wirtschaft sind die Ziele somit offenbar klar, was SchülerInnen und Studierende, was Arbeitende oder Arbeitslose angeht, jedoch nicht. Auch, wenn damals noch keine konkreten Lockerungen der Maßnahmen verkündet wurden, kam hier bereits zum Ausdruck, dass die Profite des Kapitals um jeden Preis gesichert werden sollen und die Regierung zu diesem Zweck auch bereit ist, die Gesundheit des Volkes zu opfern.

Im Laufe der Woche, ausgehend von der Pressekonferenz der Regierung, wurde dann eine intensive Debatte gestartet, befeuert durch Medien, Wirtschaft und Politik, dass man möglichst bald zum „Normalzustand“ zurückkehren müsste. Federführend war dabei beispielsweise der Grüne Innsbrucker Bürgermeister, der verkündete, in Tirol bzw. Innsbruck wären als erstes massive Maßnahmen ergriffen worden und deswegen könne man auch als erstes die Einschränkungen wegen COVID-19 wieder aufheben. Bei der Pressekonferenz der Regierung eine Woche später wurden dann schließlich die Pläne zur schrittweisen Rückkehr zur „neuen Normalität“ vorgestellt.

Seit 14. April sind Geschäfte mit einer Fläche kleiner als 400 m² sowie Bau- und Gartenmärkte wieder geöffnet. Ab 1. Mai sollen dann auch große Geschäfte, Friseure und Einkaufszentren folgen. Natürlich nur unter Einhaltung strenger Sicherheitsvorkehrungen (Desinfektionsmittel, Mund-Nasenschutz und mit einer limitierten Anzahl an

Kunden im Geschäft), wie die Regierung verkündete. Ab Mitte Mai sollen dann auch Gastronomie, Hotels etc. stufenweise wiedereröffnet werden.

Zu frühe Lockerung könnte schwere Folgen haben

Das Volk sollte sich von den Plänen der Regierung nicht blenden lassen. Die Corona-Krise ist noch nicht lange nicht überwunden. Eine zu frühe Lockerung der Maßnahmen könnte durchaus noch einen weiteren Corona-Ausbruch mit ähnlichen Folgen wie in Italien oder Spanien zur Folge haben. Dort ist das Gesundheitssystem komplett zusammengebrochen und es sterben täglich hunderte Menschen. Momentan ist die Zahl der Neuinfektionen zwar niedriger als die Zahl der Genesungen, doch die Pläne der Regierung bergen die Gefahr in sich, dass sich das sehr schnell wieder ändern könnte. Die Regierung weigert sich auch, einheitliche Schutzbestimmungen am Arbeitsplatz zu beschließen. Diese sollen weiterhin im Einvernehmen zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ ausverhandelt werden, schließlich wären die Arbeitsplätze ja völlig unterschiedlich. Ganz im Interesse des Kapitals folgt die Regierung der Linie, dass eine Infektionsgefahr nur in der Freizeit bestehe, nicht jedoch am Arbeitsplatz – schließlich sollen die Arbeiter und Angestellten weiter für den Profit des Kapitals schuften. Dies wird auch deutlich daran, dass die Regierung alles getan hat, die Reproduktionszeit, also die Freizeit des Volkes zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft, möglichst stark einzuschränken. Das Kapital konnte in Gewerbe und Industrie beinahe ohne Einschränkungen weiterarbeiten lassen. Lediglich Teile des Einzelhandels und andere Dienstleistungsbereiche wurden eingeschränkt. Selbst in Tirol, wo bis Montag um Mitternacht alle Orte unter Quarantäne gestellt waren, produzierten rund 90% der Industriebetriebe weiter. Auch auf vielen Baustellen konnte man keinerlei Schutzmaßnahmen für die Arbeiter beobachten, obwohl die Gewerkschaft Bau-Holz so stolz auf die „Sozialpartnereinigung“ mit der Bauindustrie war.

Ansteckungsgefahr nicht nur in der Freizeit

Am schwersten gefährdet von dem Virus sind, wie wir alle wissen,

überwiegend Menschen mit Vorerkrankungen und ältere Menschen. Menschen also, die für das Kapital ohnehin unrentabel sind, weil ihre Reproduktion über die durchschnittlichen Reproduktionskosten der Arbeiterklasse und des Volkes hinausgehen. Menschen, die auf lange Sicht unter Umständen höhere Reproduktionskosten verursachen, als sie durch ihre Arbeit decken können, oder, wie im Fall von älteren Menschen, gar keiner Lohnarbeit mehr nachgehen, weil sie bereits in Pension sind. Für das Kapital bedeutet der Tod solcher Menschen nichts Anderes als die Bereinigung eines Kostenfaktors. Doch diese Menschen müssen genauso wie das gesamte Volk vor der Pandemie geschützt werden, deren langfristigen Folgen für den menschlichen Körper noch völlig unbekannt sind. Die von der Regierung geplante und bereits begonnene Wiederöffnung von Geschäften, Gastronomie etc. lehnen wir entschieden ab. Eine konsequentere Umsetzung der Maßnahmen ist deshalb dringend notwendig. Eine besondere Farce besteht darin, dass Menschen aus „systemrelevanten“ Berufen wie Handel, Krankenhäusern, Rettung, Berufsfeuerwehren, Müllabfuhr und Polizei, um nur einige aufzuzählen, nicht das Recht haben, zu Hause zu bleiben, wenn sie zu einer besonderen Risikogruppe gehören. Es muss endlich vom Prinzip, dass die Ansteckungsgefahr nur in der Freizeit bestehen würde, abgegangen werden. In Italien sind die Hotspots der Corona-Pandemie die industriellen Zentren, wo Arbeiterinnen und Arbeiter in großen Hallen und oft auf engstem Raum zusammenarbeiten müssen. Von einer Lockerung kann keine Rede sein.

Schutz von Menschenleben oder Konzerninteressen?

Die tatsächlichen Prioritäten der bürgerlichen Regierungen bilden sich nicht nur in Österreich anhand der getroffenen Maßnahmen inzwischen sehr deutlich ab. Während es in Gesundheitseinrichtungen weiterhin an elementaren Schutzausrüstungen und Personal mangelt, haben Europäische Zentralbank und nationale Regierungen umgehend hunderte Milliarden Euro für Finanzmärkte und Großkonzerne bereitgestellt. Es handelt sich um einen sehr frühen Zeitpunkt, an dem wir über wenige verlässliche Informationen verfügen, an dem die österreichische Regierung nun erste Maßnahmen lockert. Dass Schu-

len und Universitäten weiterhin als großes Risiko gesehen werden und vorerst geschlossen bleiben, unterstreicht einmal mehr, dass die Profitinteressen einzelner Branchen über einer medizinisch orientierten Abwägung stehen. Völlig perfide ist die Tatsache, dass Angehörige von Risikogruppen nach über einem Monat langsam verpflichtet freigestellt werden müssen – es sei denn, sie arbeiten in der kritischen Infrastruktur. Dabei müssten gerade Berufsgruppen mit vielen Sozialkontakten, etwa in Supermärkten, besonders geschützt werden.

Tourismus-Konglomerat zur Verantwortung ziehen

Nach einer Auswertung der Gesundheitsagentur AGES lassen sich 57 % der österreichischen Corona-Infektionen auf das Tiroler Skigebiet Ischgl zurückverfolgen. Die Vertuschungsaktionen einer profitorientierten Seilbahn-, Hotel- und Gastro-Lobby, deren Sprachrohre in Ämtern und Behörden noch jegliche Gefahr herunterspielten, als Ischgl im Ausland bereits als Hochrisikogebiet eingestuft wurde, sind also direkt für die ungebremste Ausbreitung des Virus in Österreich verantwortlich. Doch zur Verantwortung gezogen wurde bisher kein einziger Verantwortlicher, stattdessen hagelte es tausende Strafen für Menschen, die sich zu lange auf einer Parkbank aufgehalten haben oder deren Einkauf nach Einschätzung eines Streifenpolizisten nicht notwendig genug war.

Internationale Solidarität statt EUropäismus

Als völlig überflüssig in der gegenwärtigen Lage haben sich die unverbindlichen Ratschläge aus Brüssel herausgestellt. Dass „europäische Solidarität“ eine leere Worthülse ist, zeigte sich nicht zuletzt, als Italien den Notstand ausrief und kein einziges EU-Land Hilfe anbot. Vielmehr blockierten einzelne Staaten die Lieferung dringend benötigter Schutzausrüstung. Den Völkern beiseite gestanden sind vor allem Länder wie Kuba und China, die medizinisches Personal und Material lieferten, als die Präsidentin der EU-Kommission vor allem mehrsprachige (!) Videos ihres Händewaschens in soziale Medien stellte. Ebenso, wie die kapitalistische Wirtschaftsweise kein funktionierendes und belastbares Gesundheitssystem sicherstellen kann, ist

das Konstrukt EU erwiesenermaßen ungeeignet, medizinische Versorgung, soziale Sicherheit und länderübergreifende Zusammenarbeit am Kontinent zu garantieren, ganz besonders in Krisenzeiten.

Zur Wirtschaftskrise

Die jetzt voll ausgebrochene Wirtschaftskrise hat nur bedingt mit der Corona-Pandemie und den von der Regierung ergriffenen Schutzmaßnahmen zu tun. Wie jede Krise des Kapitalismus ist auch diese Krise eine Überproduktionskrise, das heißt, der Markt ist übersättigt mit Waren. Dies betrifft nicht nur den sehr eingeschränkten Bereich des Konsums, sondern alle Bereiche der Produktion. Dabei ist es kein Widerspruch, dass die Einen unter Mangel leiden, weil es ihnen an „Kaufkraft“ mangelt, und andererseits Waren nicht abgesetzt werden können. Für die nun ausgebrochene Krise gibt es bereits sehr lange Indizien: Für Deutschland, größte Volkswirtschaft in Europa, wurde bereits für das zweite Quartal 2019 ein leicht negatives Wachstum beobachtet. Für Österreich wurde von Seiten des Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) ebenso wie dem Institut für Höhere Studien (IHS) zumindest ein schwächeres Wachstum für 2020 als 2019 (-0,3%) und ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf 7,5% bei stabiler wirtschaftlicher Entwicklung prognostiziert. Ein weiteres Indiz ist die sogenannte Umweltprämie in Deutschland und Österreich, womit Absatzprobleme am Automarkt zu lösen versucht wurden, getarnt als Umweltpolitik.

Die Eskalation der Krise wurde außerdem langfristig durch die Bankenkrise 2008/2009 mitgefördert. Damals wurden aus öffentlichen Geldern massive Summen zur Rettung der Banken in der EU aufgebracht, während die Zerstörung oder Privatisierung öffentlicher Infrastruktur gerade in den von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Ländern von der EU, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds gefordert wurde. So wurden die Armut verschärft, das Gesundheitssystem in vielen Ländern stark zusammengestrichen und die Banken auf Watte gebettet, obwohl sie und die Spekulanten für den unmittelbaren Ausbruch der Finanzkrise verantwortlichen waren. Die strukturellen Probleme im Finanzsektor wurden seither jedoch nicht

gelöst, im Gegenteil: Es wurde eine neue Blase an Krediten geschaffen, die jetzt im Zusammenwirken mit der allgemeinen Krise und der Corona-Krise zu einem neuerlichen Zusammenbruch der „Finanzkartenhäuser“ führen kann.

Bei jeder Krise des Kapitalismus kommt es auch zu einer Bereinigung des Marktes. Unternehmen, die dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können, verschwinden oder werden von größeren übernommen. Ihre Eigentümer werden oft proletarisiert und vergrößern das in der Krise ohnehin beständig wachsende Heer von Arbeitslosen. Der Prozess der Proletarisierung betrifft natürlich vordergründig selbstständig Beschäftigte, kleine und mittlere Unternehmer. Banken und Konzerne werden mittels staatlicher Unterstützung aufgefangen, da sie aufgrund ihrer zentralen Rolle im Produktionsprozess als systemrelevant bezeichnet werden.

Die Corona-Maßnahmen haben den Krisenverlauf beschleunigt und verschärft. Dies wird an den hohen Arbeitslosenzahlen eindeutig sichtbar. Auch in den Bereichen, die von der Regierung mit einem Betretungsverbot belegt wurden, könnte es zu einer verschärften Marktberreinigung kommen. Kleine Laden- und Lokalbesitzer drohen massenhaft in den Konkurs zu schlittern und proletarisiert zu werden. Die Lösung der Krise liegt nicht im von der Regierung vorgestellten Plan zur Rückkehr zum „Normalzustand“ und auch nicht in Kurzarbeitsmodellen, sondern in der Überwindung des Kapitalismus. Selbstständig Beschäftigte, kleine und mittlere Unternehmer müssen sich im Kampf um ihre Existenz schon heute an die Seite der Arbeiterklasse stellen, andernfalls werden sie im Kampf der Monopolgruppen zermahlen werden. Ihre Existenz kann im Kapitalismus nicht dauerhaft gesichert werden. Eine sichere Zukunft ohne Existenzangst kann ihnen nur der gemeinsame Kampf mit der Arbeiterklasse für eine sozialistische Gesellschaft bieten.

Gesellschaftliche Kontrolle oder „Marktlogik“?

Wenngleich natürlichen Ursprungs, sind Ausbreitung und Folgen der Epidemie in großem Ausmaß von sozialen Strukturen und mensch-

lichem Handeln abhängig. Das kurzfristige Schielen auf Gewinn bis zuletzt, das Selbstverständnis der Regierung als willfähriger Knecht des Finanz- und Monopolkapitals und die systematischen Angriffe auf die Substanz der Gesundheits- und Sozialsysteme sind für die aktuelle Lage ebenso mitverantwortlich, wie das jahrelange Zusehen bei der Abwanderung von ganzen Industriezweigen und die einseitige Abhängigkeit von Exporten und Tourismus die spürbaren ökonomischen Folgen noch wesentlich zuspitzen werden. Die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse und Machtstrukturen bieten nicht nur keinen gesellschaftlich verträglichen Ausweg aus der Gesundheits- und Wirtschaftskrise; sie sind insgesamt der Grund dafür, dass Katastrophen stets die arbeitende Bevölkerung unmittelbar und in Folge deutlich stärker treffen als die Eliten.

Zugleich schreien derzeit selbst die größten Marktapologeten nach staatlichen Hilfen für das Kapital. Es gilt jetzt natürlich nicht, die Ausbeuter auf Kosten der Allgemeinheit wieder hochzupäppeln, sondern zunächst jene wesentlichen Bereiche, deren kapitalistische Strukturierung und Marktunterordnung augenscheinlich die Versorgung der Menschen in Krisenzeiten und darüber hinaus gefährden, dem Profitstreben von Konzernen zu entreißen und in gesellschaftliche Kontrolle zu überführen. Das betrifft insbesondere das Gesundheitswesen inklusive der Herstellung von Medikamenten, medizinischen Geräten und Produkten, kritische Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie nicht zuletzt das Finanzwesen.

Für eine kämpferische Arbeiterfront!

Wir fordern die möglichst baldige Wiederherstellung des Versammlungsrechts. Die Arbeiterklasse muss jede Möglichkeit zur Verteidigung ihrer Interessen in der Krise nutzen können. Bereits die Kosten der letzten Krise wurden auf die Arbeiterklasse und das Volk abgewälzt, dies muss mit aller Kraft verhindert werden. Die Krisenkosten müssen vom Monopol- und Finanzkapital getragen und durch steuerliche Maßnahmen auch die Reichen zur Kasse gebeten werden. Dafür sollten alle Kräfte, die nicht den Interessen des Kapitals, sondern jenen der Arbeiterklasse und der unteren Schichten des Volkes verbunden

sind, gemeinsam kämpfen. Die Partei der Arbeit wird ihren Beitrag dazu leisten.

Die Corona-Pandemie, die Wirtschaftskrise und deren Folgen werden jedoch unter den gegebenen Bedingungen bekämpft werden müssen – dies sind die Bedingungen des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates. Beide versagen dabei, aus gesetzmäßigen Profitinteressen sowie aus bewusster Missachtung gegenüber der Volksgesundheit, den sozialen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und Menschenleben. Es liegt an uns, den arbeitenden Menschen, die Bedingungen zu ändern, und dies wird nur durch den Sturz der bisherigen kapitalistischen Verhältnisse möglich sein. Nur eine sozialistische Gesellschaft wird in Zukunft in der Lage sein, allen Menschen soziale Sicherheit, gerecht entlohnte Arbeit, würdige Unterkunft, umfassende Versorgung und bestmögliche Gesundheit zu garantieren. Hierfür gilt es, die revolutionären Kräfte zu organisieren, die Arbeiterklasse zu informieren, zu mobilisieren, mit dem Bewusstsein ihrer Lage auszustatten und auf nachhaltige Weise für den Klassenkampf und die sozialistische Revolution bereitzumachen – dies sind die eigentlichen Aufgaben und das historische Ziel der PdA.

Unter den gegebenen Bedingungen fordert die PdA die folgenden Sofortmaßnahmen zum gesundheitlichen und sozialen Schutz der Bevölkerung:

- Rücknahme des Regierungplans zum langsamen Hochfahren der Wirtschaft;
- Schließung aller Betriebe, die nicht der Grundversorgung dienen;
- Freistellung für alle Beschäftigten, die einer Risikogruppe angehören und nicht von zu Hause arbeiten können;
- einheitliche Schutzregelungen für den Arbeitsplatz;
- Kündigungsverbot während der Corona-Krise;
- Weiterentlohnung von Beschäftigten geschlossener Betriebe;
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Verlängerung der Bezugsdauer;
- scharfe Kontrollen und Auflagen bei Kurzarbeit;
- Dividenden- und Boni-Verbot für alle Unternehmen, die Hilfs-

- gelder, staatlich gedeckte Kredite oder Kurzarbeit in Anspruch nehmen;
- Einschränkung prekärer Beschäftigungsformen;
 - Unterstützung durch den Staat für KMUs, freie Dienstnehmer, kleine Künstler etc.;
 - Rücknahme der Einsparungen im Gesundheits- und Sozialsystem;
 - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Zum 1. Mai 2020

Eine Maske ist kein Maulkorb!

Schützen wir unsere Gesundheit!

Wehren wir uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

*Erklärung des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)
zum 1. Mai 2020*

Seit genau 130 Jahren – seit 1890 – wird der 1. Mai als internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse begangen. In all diesen Jahren gab es in Österreich mehrmals Gründe, die eine Durchführung von Maiveranstaltungen verunmöglichten – durch Repression der Staatsgewalt, durch faschistische Diktaturen, durch Kriegseignisse. Heuer, im Jahr 2020, gibt es erstmals seit Jahrzehnten keine großen Kundgebungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit, denn die Pandemiemaßnahmen der Regierung lassen dies nicht zu.

Der Klassenkampf lässt sich jedoch nicht unter Quarantäne stellen. Zwar gebieten es die Vernunft und die gegenseitige Rücksichtnahme, in diesem Jahr auf die Organisation größerer Menschenansammlungen zu verzichten, aber das bedeutet keineswegs, dass wir auch darauf verzichten, auf anderen Wegen unsere Stimme zu erheben. Während die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundene Gewerkschaftsführung abermals auf Kollaboration und Kapitulation setzen, steht für uns fest: Es kann keinen „Schulterschluss“ und keinen „Burgfrieden“ mit der Regierung und dem Kapital geben.

Es waren die Regierungen des Kapitals und alle im Parlament vertretenen Parteien, die uns in die gegenwärtige Lage gebracht haben: Sie haben über Jahrzehnte das Gesundheits- und Sozialsystem kaputtgespart, um absurde Defizitziele zu erreichen und um diese Bereiche für die Profitmacherei zu öffnen. Federführend war dabei nicht nur die ÖVP, sondern gerade auch die SPÖ: Sie stellte lange Zeit die Bundeskanzler und verfolgte eine kapitalfreundliche Politik

gegen die Interessen der Arbeiterklasse – mit Sozialabbau, Privatisierungen, Liberalisierungen, Leistungsstreichungen, Selbsthalten, Standortschließungen, Unterdotierungen, Personalkürzungen und der Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Doch Krankenhäuser und Krankenkassen sind nun mal keine Unternehmen, die Gewinne erzielen müssen. Sie sind öffentliche Einrichtungen, um die Gesundheit und das Überleben der Bevölkerung zu gewährleisten, koste es, was es wolle – nicht nur in Epidemiezeiten. Auch die Bereitstellung von Medikamenten, medizinischen Materialien und Geräten sowie nicht zuletzt von ausreichend Personal, das anständig bezahlt wird und erträgliche Arbeitszeiten hat, darf nicht der „Marktlogik“ unterworfen sein. Es ist die unverzeihliche Schuld der Herrschenden, dass dies nicht so ist. Das Primat der kapitalistischen Profitmacherei, der Ausbeutung der Arbeitskraft zur weiteren schamlosen Bereicherung der Reichen führte geradezu gesetzmäßig zur gegenwärtigen Situation. Es sind die Reichen, die Kapitalisten, die Gewinnsucht der Banken und Konzerne, die wir uns nicht mehr leisten können – nicht Spitalsbetten, ärztliche Behandlungen für alle oder menschwürdige Arbeitsbedingungen und Entlohnungen des Gesundheits- und Pflegepersonals.

Die Regierung nimmt statt einer Ausfinanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems Milliardenbeträge in die Hand, um kapitalistische Unternehmen und Konzerne zu subventionieren – gegenwärtig sogar in besonders umfassendem Ausmaß. Die Arbeiterklasse – ob in Beschäftigung, in Kurzarbeit oder arbeitslos – muss weiterhin und erstrecht mit Almosen auskommen. Diejenigen, die trotz Krise durchgehend im Betrieb sind – etwa in Supermärkten –, werden massiv ausgelaugt und notorisch schlecht bezahlt. „Bonuszahlungen“ im lächerlichen Ausmaß, heuchlerische Dankbekundungen der Politiker und öffentliches Klatschen werden daran nichts ändern. Auch der gesundheitliche Schutz der arbeitenden Menschen ist der Regierung und dem Kapital nichts wert, denn in vielen industriellen Betrieben oder im Baugewerbe muss weiterhin wie gehabt gearbeitet werden. Auch Krankheit ist im Kapitalismus eine Klassenfrage. Dass die Arbeitslosenzahlen explodieren und ein Allzeithoch der Zweiten Republik erreichen, kann das gegebene Kurzarbeitsmodell nicht verhindern

– das soll es auch nicht: Es existiert, um die kapitalistischen Unternehmer zu stützen, nicht die Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Regierung weiß natürlich, warum sie das Kapital unterstützen muss. Denn mit und nach der Epidemie kommt die Wirtschaftskrise – und zwar in lange nicht mehr gekanntem Ausmaß. Als regelrechte Gesetzmäßigkeit des grundsätzlich fehlerhaften kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes wäre die Krise ohnedies unausweichlich gewesen, doch die Epidemie und ihre Begleiterscheinungen beschleunigen und verschärfen die Entwicklung. Natürlich werden die Regierung und das Kapital bestrebt sein, die Lasten der Krise wiederum auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Es wird neue „Sparpakete“ geben, die abermals das Sozialsystem, Pensionen, das Bildungs- und – selbstverständlich – Gesundheitswesen betreffen werden. Es wird Lohnverluste geben und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Für das Kapital ist das nur ein Reinigungsprozess. Für die Arbeiterklasse bedeutet es vermehrte Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung. Die Regierung wird uns wieder vorlügen, dass es um allgemeine Notwendigkeiten ginge und dass wir nun zusammenhalten müssten. In Wirklichkeit werden wieder die kapitalistischen Verluste vergesellschaftet – auf dem Rücken der Arbeiterklasse –, wie in Zeiten günstiger Konjunktur alle Gewinne privatisiert werden.

Kapitalisten und Arbeiter haben keine gemeinsamen Interessen, weder in noch außerhalb der Krise. Die Arbeiter können immer arbeiten, auch ohne einen kapitalistischen Eigentümer, doch der Kapitalist kann nicht existieren, ohne menschliche Arbeitskraft auszubeuten. Und damit liegt es auf der Hand, was tatsächlich „einzusparen“ wäre: der Kapitalist, denn er arbeitet nicht, verbraucht und rafft aber den Großteil des von den Arbeitern produzierten Reichtums an sich; er ist unnützlich, unproduktiv und parasitär in der Gesellschaft. Die Arbeiter brauchen ihn nicht. Sie können ebenso gut – und besser – selbst gemeinsame gesellschaftliche Eigentümer der Produktionsmittel, der Betriebe und Fabriken, der Maschinen und Werkzeuge, von Grund und Boden sein. Mit dem Unterschied, dass sie dann frei von Ausbeutung wären und die Kapitalisten und unproduktiven Reichen nicht mehr mit durchfüttern müssten. Die Gelder für deren Profite und Luxusleben stünden

für Besseres zur Verfügung. Die Arbeiter als Eigentümer würden selbst über die finanziellen und materiellen Mittel sowie die politische Entscheidungsgewalt verfügen, um durch gerechte Löhne Wohlstand für alle, angemessene Unterkunft, sichere Pensionen, ausreichend Freizeit und ein umfassendes Gesundheitssystem zu verwirklichen. Und sie könnten durch planmäßige Produktion und Verteilung anhand tatsächlicher Bedürfnisse hinkünftig Krisen aus dem Wirtschaftsleben ausschalten. Ein solches System bezeichnet man als Sozialismus.

Alles, was die Arbeiterklasse tun muss, um es zu erreichen, ist sich zu organisieren und den Kapitalisten sowie deren Regierungen entschlossen entgegenzutreten – sie stellt die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegenüber einer Handvoll kapitalistischer Schmarotzer und Ausbeuter, denen unsere Leben nichts bedeuten. Der Umgang mit der Corona-Epidemie verdeutlicht dies, und die Wirtschaftskrise wird es noch mehr verdeutlichen. Schon unter normalen Bedingungen halten sich das Kapital und seine Regierungen einen massiven Propaganda- und Repressionsapparat, um die Arbeiterklasse zu täuschen und nötigenfalls zu unterdrücken. Doch unter den momentanen Epidemiebeschränkungen hat sich noch eine größere Machtkonzentration ergeben, die sich im gegenwärtigen Epidemieregime manifestiert. Die Regierung verordnet die Einschränkung und teilweise die völlige Aufhebung grundlegender Rechte und Freiheiten, von Bürger- und Menschenrechten, wobei das Parlament keine Kontrollfunktion ausübt, sondern bereitwillig assistiert. Das Epidemieregime maßt sich die Bespitzelung des Einzelnen an, setzt polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen, maßregelt kritische Medien und fördert das Denunziantentum. Die Regierung kümmert sich nicht um die Verfassungskonformität ihres Handelns und schiebt alle Maßnahmen zur Epidemieeindämmung auf die Bevölkerung ab. Man wird aufmerksam und achtsam sein müssen ob dieses politischen Machtrausches, der leicht in Allmachtphantasien kippen und zur Ausweitung und Fortsetzung von Einschränkungen auch ohne Not führen kann. Denn schlussendlich ist der bürgerliche Staat ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Regierung nur ein Ausschuss des herrschenden Kapitals, der die optimale Ausbeutung organisieren sowie jede Gegenbewegung verhindern soll – mit allen notwendigen Mitteln.

Es gilt, damit Schluss zu machen. Deshalb hat es sich die Partei der Arbeit Österreichs zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterklasse über die tatsächliche Situation aufzuklären, die Lügen der Herrschenden aufzudecken und einen Ausweg anzubieten – durch die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse als Kampfeinheit gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit, die unweigerlich mit dem Kapitalismus verbunden sind. Dafür arbeitet die PdA – am 1. Mai und an allen anderen Tagen im Jahr.

Für eine kämpferische Arbeiterfront!

Gegen Epidemieregime und Krisenkapitalismus!

Sozialismus statt Barbarei!

